

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 1/2022

6. Januar 2022

Inhaltsverzeichnis

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Änderung der Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 16. Dezember 2021 2

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt Allgemeinverfügung Vollzug des Infektionsschutzgesetzes Maßnahmen anlässlich der Corona-Pandemie Anordnung von Hygieneauflagen zur Verhinderung der Verbreitung der Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) (Sächsische Corona-Hygiene-Allgemeinverfügung – SächsCoronaHygAV) Az.: 21-0502/3/30-2021/193617 vom 13. Dezember 2021 4

Programm des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt und der Sächsischen Tierseuchenkasse zur risikobasierten Überwachung und freiwilligen Bekämpfung der Koi-Herpesvirus-Infektion (KHV-I) der Karpfen in sächsischen Aquakulturbetrieben (KHV-Programm) vom 11. November 2021 12

Programm des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt und der Sächsischen Tierseuchenkasse zur Gewährung von Desinfektionsbeihilfen im Tierseuchenfall und Minderung von Schäden durch Tierverluste (Programm Desinfektions- und Tierverlustbeihilfe) vom 11. November 2021 21

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Vierten Änderung der Satzung der näheren Beschlüsse des Verwaltungsrates zur Beihilfesatzung der Sächsischen Tierseuchenkasse für den Aquakultursektor vom 13. Dezember 2021 24

Vierte Änderung der Satzung der näheren Beschlüsse des Verwaltungsrates zur Beihilfesatzung der Sächsischen Tierseuchenkasse für den Aquakultursektor vom 11. November 2021 24

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Dritten Änderung der Satzung über die De-minimis-Beihilfen der Sächsischen Tierseuchenkasse vom 13. Dezember 2021 26

Dritte Änderung der Satzung über die De-minimis-Beihilfen der Sächsischen Tierseuchenkasse vom 11. November 2021 26

Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung zur Auslobung des Sächsischen Staatspreises für Baukultur 2022 Thema: ORTE DES MITEINANDERS – LEBENDIG UND VERBINDEND vom 9. Dezember 2021 27

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Änderung der Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung

Vom 16. Dezember 2021

A.

Die Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDr. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 16. April 2021 (SächsABl. S. 434) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 178), werden wie folgt geändert:

I. Die Verwaltungsvorschrift zu § 7 der Sächsischen Haushaltsordnung wird wie folgt geändert:

1. Nummer 13.1 wird wie folgt gefasst:

„13.1 Eine Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) soll eingeführt werden, wenn dies für die wirksame Planung, Steuerung und Kontrolle der Aufgabenwahrnehmung der öffentlichen Verwaltung wirtschaftlich ist und damit deren Verbesserung dient.“

2. Nummer 13.2 wird wie folgt gefasst:

„13.2 Geeignet für die Einführung einer KLR sind grundsätzlich Staatsbetriebe und diesen vergleichbare Einrichtungen, bei denen eine daran ausgerichtete Steuerung der jeweiligen Verwaltung eine bessere Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit staatlichen Handelns ermöglicht.“

3. Die Nummer 13.3 wird aufgehoben.

II. Die Verwaltungsvorschrift zu § 7a der Sächsischen Haushaltsordnung wird wie folgt geändert:

1. Die bisherige Verwaltungsvorschrift wird durch die Nummern 1 und 2.1 bis 2.4 ersetzt:

„1. Für eine koordinierte betriebswirtschaftliche Steuerung und ein grundsätzlich einheitliches Verwaltungshandeln sind Kosten- und Leistungsrechnungen in betriebswirtschaftlich üblicher Form einrichtungsspezifisch, haushalts- und steuerungsrelevant auszugestalten. Dies kann in Anlehnung an das ‚Handbuch zur Kosten- und Leistungsrechnung in der Bundesverwaltung‘ (Anlage zu VV Nr. 4 zu § 7 BHO, erlassen mit BMF-Rundschreiben vom 6. November 2013, II A 8 – O 1069/12/10002, DOK 2013/0981610 – GMBI 2013 Nr. 62, S. 1234), in der jeweils geltenden Fassung, erfolgen. Kosten- und Leistungsrechnungen sollen dementsprechend in der Regel eine Kostenartenrechnung, eine Kostenstellenrechnung und eine Kostenträgerrechnung enthalten. Mit der Kostenartenrechnung ist anzugeben, welche Kosten (Werteverzehr in der Einrichtung) in einer Periode in welcher Höhe entstanden sind. Mit der Kostenstellenrechnung ist der Ort der

Entstehung der Kosten anzugeben. Dabei sind den Kostenstellen (die am Leistungsprozess beteiligten Organisationseinheiten) insbesondere die Gemeinkosten zuzuordnen. Die Gliederung soll grundsätzlich nach den Funktionsbereichen erfolgen. Die Kostenstellenrechnung gewährleistet eine Überleitung derjenigen Kosten, die nicht direkt Kostenträgern (Produkte, interne Tätigkeiten) zugeordnet werden können. Mit der Kostenträgerrechnung ist anzugeben, wofür die Kosten entstanden sind. Gemeinkosten und Einzelkosten sind den Kostenträgern zuzuordnen. Wo dies aus Steuerungsgründen geboten ist, soll die KLR entsprechend erweitert werden. Hierzu kann unter anderem auch eine Stundenrechnung eingerichtet werden.

2.1 Die Einführung der Budgetierung bei einzelnen Dienststellen (einschließlich Staatsbetriebe nach § 26 der Sächsischen Haushaltsordnung) oder in einzelnen abgegrenzten Verwaltungsbereichen unterliegt der Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen und setzt voraus, dass die Steuerungsfähigkeit der jeweiligen Einrichtung zur Einhaltung des verfügbaren Ausgabevolumens (Selbststeuerungsfähigkeit) sichergestellt ist.

2.2 Die Einwilligung zur Budgetierung soll mit dem Abschluss einer Ressortvereinbarung verbunden werden. In dieser Ressortvereinbarung sind zur Gewährleistung der Selbststeuerungsfähigkeit Bestimmungen entsprechend den Vorgaben nach § 7a Absatz 2 und 3 der Sächsischen Haushaltsordnung zu treffen. Für Einrichtungen desselben Aufgabenbereichs sind dabei möglichst einheitliche Regelungen vorzusehen. Insbesondere sollen messbare strategische und langfristige Ziele für die Steuerung der Einrichtung (strategisches Management) vereinbart und ein darauf basierendes Berichtswesen (strategisches Controlling) geregelt werden. Die Ausgestaltung des strategischen Controllings soll einrichtungsspezifisch nach Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit erfolgen und die Wirkungen des Verwaltungshandelns berücksichtigen.

Des Weiteren sollen die Eckpunkte der operativen Steuerung durch Zielvereinbarungen auf Ebene Ressort/Einrichtung festgelegt werden. Hierzu zählen auch Regelungen für den Fall von Budgetüber- beziehungsweise -unterschreitungen sowie Leistungszielabweichungen. Dabei sind Steuerungsmaßnahmen innerhalb des Budgets beziehungsweise den Ressortzuständigkeiten festzulegen. Empfohlen wird, einrich-

- tungsspezifische Regelungen zur Nutzung der Controllingberichte zu vereinbaren. Für ‚Soll-/Ist-Vergleiche‘ sollte dabei eine halbjährliche, im Übrigen eine anlassbezogene Berichterstattung angestrebt werden.
- 2.3 Die Ressortvereinbarungen sollen auf der Grundlage der festgelegten messbaren Ziele überprüft und fortgeschrieben werden (Evaluation). Bei Dienststellen (einschließlich Staatsbetrieben nach § 26 der Sächsischen Haushaltsordnung), die bereits betriebswirtschaftliche Methoden oder Steuerungselemente eingeführt haben oder erproben, gelten hierzu getroffene Vereinbarungen im Lichte der Neufassung weiter fort.
- 2.4 Für die operative Umsetzung der Ziele des strategischen Managements einschließlich der Planung, Steuerung und Überwachung der Geschäftsprozesse ist die jeweilige Einrichtung verantwortlich. Instrumente des operativen Managements sind insbesondere Zielvereinbarungen auf Ebene Ressort/Einrichtung, die Kosten- und Leistungsrechnung sowie das operative Controlling/Berichtswesen. Hierzu sollen einrichtungsspezifische Regelungen auf Ebene Ressort/Einrichtung getroffen und erforderliche einrichtungsspezifische Steuerungsinstrumente vereinbart werden.“
- III. Die Verwaltungsvorschrift zu § 26 der Sächsischen Haushaltsordnung wird wie folgt geändert:
1. Nummer 1.6 wird wie folgt gefasst:
- „1.6 Im Übrigen gelten die Bestimmungen der Verwaltungsvorschriften zu § 7 und § 7a der Sächsischen Haushaltsordnung.“
- IV. Die Verwaltungsvorschrift zu § 74 der Sächsischen Haushaltsordnung wird wie folgt geändert:
1. Der Wortlaut von Nummer 1 wird wie folgt gefasst:
- „1. Grundlagen der Buchführung“
2. Nummer 1.1 wird wie folgt gefasst:
- „1.1 Staatsbetriebe, die nach den Regeln der kaufmännischen doppelten Buchführung verfahren, haben für Zahlungen, Buchführung und Rechnungslegung unbeschadet anderer Rechtsvorschriften das Handelsgesetzbuch entsprechend anzuwenden und die nachstehenden Verwaltungsvorschriften zu beachten. Dies gilt auch für Einrichtungen des Staates, die wie Staatsbetriebe behandelt werden und die kaufmännische doppelte Buchführung anwenden (zum Beispiel Universitätskliniken und Krankenhäuser in staatlicher Trägerschaft).“

B.

Diese Verwaltungsvorschrift tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2022 in Kraft.

Dresden, den 16. Dezember 2021

Der Staatsminister der Finanzen
Hartmut Vorjohann

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Allgemeinverfügung Vollzug des Infektionsschutzgesetzes Maßnahmen anlässlich der Corona-Pandemie Anordnung von Hygieneauflagen zur Verhinderung der Verbreitung der Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) (Sächsische Corona-Hygiene-Allgemeinverfügung – SächsCoronaHygAV)

Az.: 21-0502/3/30-2021/193617

Vom 13. Dezember 2021

Das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt erlässt auf der Grundlage von § 28 Absatz 1 Satz 1 und 2, § 28a Absatz 1, Absatz 2 Satz 1 sowie Absatz 3, 6, 8 und 9 des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), von denen

- § 28 Absatz 1 Satz 1 zuletzt durch Artikel 1 Nummer 2 des Gesetzes vom 22. November 2021 (BGBl. I S. 4906) geändert worden ist,
- § 28 Absatz 1 Satz 2 durch Artikel 1 Nummer 6 des Gesetzes vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587) neu gefasst worden ist,
- § 28a Absatz 1 durch Artikel 1 Nummer 3 des Gesetzes vom 22. November 2021 (BGBl. I S. 4906) geändert worden ist,
- § 28a Absatz 3 zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist,
- § 28a Absatz 2 Satz 1 und Absatz 6 durch Artikel 1 Nummer 17 des Gesetzes vom 18. November 2020 (BGBl. I S. 2397) eingefügt worden ist,
- § 28a Absatz 8 und 9 durch Artikel 1 Nummer 6 des Gesetzes vom 10. Dezember 2021 (BGBl. I S. 5162) geändert worden ist,

in Verbindung mit § 7 Absatz 1 der Infektionsschutzgesetz-Zuständigkeitsverordnung vom 9. Januar 2019 (SächsGVBl. S. 83), der zuletzt durch die Verordnung vom 8. Juni 2021 (SächsGVBl. S. 594) neu gefasst worden ist und der Sächsischen Corona-Notfall-Verordnung vom 19. November 2021 (SächsGVBl. S. 1261), die zuletzt durch die Zweite Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Änderung der Sächsischen Corona-Notfall-Verordnung vom 13. Dezember 2021 (SächsGVBl. S. 1322) geändert worden ist, folgende

Allgemeinverfügung

Zur Verhinderung der Verbreitung der Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) und mit Bezug auf die stark steigenden Infektionszahlen werden folgende Regelungen getroffen:

I. Allgemeines

Bei der Öffnung, Inanspruchnahme und dem Betrieb von Geschäften, Einrichtungen, Unternehmen und sonstigen Angeboten ist ein eigenes schriftliches Hygienekonzept zu erstellen und umzusetzen. Dieses muss die Vorgaben der Sächsischen Corona-Notfall-Verordnung, die allgemeinen Hygieneregeln der Ziffer I sowie die jeweiligen besonderen Hygieneregeln der Ziffer II beinhalten.

1. Grundsatz

- a) Es wird auf die Sächsische Corona-Notfall-Verordnung vom 19. November 2021 (SächsGVBl. S. 1261), die zuletzt durch die Zweite Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Änderung der Sächsischen Corona-Notfall-Verordnung vom 13. Dezember 2021 (SächsGVBl. S. 1322) geändert worden ist, Bezug genommen.
- b) Das Hygienekonzept benennt einen verantwortlichen Ansprechpartner vor Ort. Dieser ist für die Einhaltung und Umsetzung des Hygienekonzepts, der geltenden Kontaktbeschränkungen und Abstandsregelungen sowie der Pflicht zum Tragen des vorgeschriebenen medizinischen Mund-Nasen-Schutzes oder persönlicher Schutzausrüstungen verantwortlich.
- c) Für in Aufnahmeeinrichtungen oder Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge untergebrachte oder tätige Personen treffen die Unterbringungsbehörden einrichtungs- und objektabhängige Hygieneregeln in Abstimmung mit den zuständigen Behörden.

2. Allgemeine Hygienebestimmungen

- a) Nur Personen ohne typische Symptome, die auf eine SARS-CoV-2 Infektion hinweisen, dürfen Betriebe, Einrichtungen und Angebote betreten, besuchen beziehungsweise nutzen. Die Betriebe und Einrichtungen sind anzuhalten, auf die Beachtung dieser Hygienevorschrift hinzuweisen.
- b) Die Husten- und Niesetikette ist zu beachten und einzuhalten.

- c) Es sind Vorkehrungen zu treffen, dass sich alle Personen nach dem Betreten von Geschäften, Einrichtungen, Unternehmen und vor der Nutzung von sonstigen Angeboten die Hände waschen beziehungsweise desinfizieren können. Die Möglichkeiten zum Händewaschen (mit entsprechendem Abstand zueinander) sind mit Flüssigseife und zum Abtrocknen mit Einmalhandtüchern auszurüsten. Elektrische Handtrockner sind weniger geeignet, können aber belassen werden, wenn sie bereits eingebaut sind.
- d) Dem häufigen Händewaschen und gegebenenfalls Desinfizieren ist der Vorzug gegenüber dem Tragen von Einmalhandschuhen zu geben.
- e) Die bedarfs- oder nutzungsabhängige Reinigung von Flächen, Gegenständen und Trainingsgeräten ist unter Beibehaltung der bisherigen Frequenz regelmäßig durchzuführen.
- f) Die Reinigung oder Desinfektion von Flächen und Gegenständen, die häufig von Kunden beziehungsweise Besuchern berührt werden, hat regelmäßig zu erfolgen. Kunden beziehungsweise Besuchern ist die Reinigung oder Desinfektion dieser Gegenstände oder Flächen, soweit umsetzbar, vor der Nutzung zu ermöglichen.
- g) Die Nutzung von interaktiven Konzepten mit zusätzlichen Kontakten (Tastenbedienung, Touchscreens, Kopfhörer und so weiter) sowie die Nutzung von Audioguides sind zu vermeiden (Zulassung nur mit mitgebrachten eigenen, käuflich erwerbenden, personenbezogenen Kopfhörern oder Verwendung von Einmalüberzügen oder reinigungsfähigen Schutzhüllen).

3. Kontakterfassung

- a) Es ist ein Konzept zur Kontakterfassung zu erstellen und umzusetzen, soweit dies nach der Sächsischen Corona-Notfall-Verordnung vorgeschrieben ist.
- b) Die Nutzung der Corona-Warn-App des Bundes wird dringend empfohlen.

4. Masken

- a) Das Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes (sogenannte OP-Maske), einer FFP2-Maske oder vergleichbaren Atemschutzmaske, jeweils ohne Ausatemventil, wird dringend empfohlen, soweit ein Mindestabstand von 1,5 Metern nicht eingehalten werden kann.
- b) Das Hygienekonzept hat die Verpflichtung zum Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes, einer FFP2-Maske oder vergleichbaren Atemschutzmaske, jeweils ohne Ausatemventil, umzusetzen, soweit die Sächsische Corona-Notfall-Verordnung dies vorschreibt. Kunststoffvisiere und Vergleichbares gelten nicht als Mund-Nasen-Schutz im Sinne dieser Allgemeinverfügung.

5. Abstand

- a) Der Mindestabstand von 1,5 Metern zu anderen Personen im Rahmen der Kontaktbeschränkung nach § 4 Absatz 2 der Sächsischen Corona-Notfall-Verordnung ist einzuhalten.
- b) Im Hygienekonzept sind Vorkehrungen zu treffen, die die Einhaltung des vorgeschriebenen Mindestabstandes von 1,5 Metern nach § 4 Absatz 2 der Sächsischen Corona-Notfall-Verordnung ermöglichen, soweit diese Allgemeinverfügung nichts anderes regelt.
- c) Im Hygienekonzept für Groß- und Einzelhandelsgeschäfte sind geeignete Maßnahmen zur Umsetzung der zulässigen Höchstkundenanzahl nach § 8 Absatz 3 der Sächsischen Corona-Notfall-Verordnung zu treffen.
- d) Zur Ermöglichung der Einhaltung eines Mindestabstandes von 1,5 Metern können eine Obergrenze für die Anzahl der zeitgleich anwesenden Personen in Abhängigkeit von der Raumgröße, Zugangsbeschränkungen oder

andere organisatorische Maßnahmen gewählt werden. Abstandsmarkierungen auf dem Boden können als Orientierung hilfreich sein. Auf die Empfehlung zur Einhaltung des Mindestabstands ist gegebenenfalls auch vor dem Gebäude hinzuweisen.

- e) Enge Bereiche sind zu vermeiden und gegebenenfalls umzugestalten. Warteschlangen sind zu vermeiden.
- f) Soweit die Sächsische Corona-Notfall-Verordnung Vorgaben zur Kontaktbeschränkung regelt, sind diese im Hygienekonzept umzusetzen.

6. Lüften

Soweit die baulichen Gegebenheiten es zulassen, sind genutzte Räume häufig gründlich durch Stoß- oder Querlüften zu lüften, siehe auch UBA Empfehlungen vom 13. August 2020 und 17. August 2021 beziehungsweise BAUA-Publikation, September 2020 Absatz 6 und 7.1. Dabei sollten Büroräume mindestens stündlich, Seminar- und Besprechungsräume alle 20 Minuten gründlich gelüftet werden. Die Einschätzung des Zeitpunktes, wann eine erneute Lüftung erforderlich ist, kann durch den Einsatz von CO₂-Sensoren beziehungsweise „Ampeln“ unterstützt werden.

7. Testpflicht

Wenn für den Zutritt zu einer Einrichtung oder Arbeitsstätte ein negativer Testnachweis erforderlich ist, kann der Test vor Ort unter Aufsicht durchgeführt werden, wenn die örtlichen und personellen Gegebenheiten dies zulassen.

8. Arbeitsschutz und Konzepte

- a) Betriebe und Einrichtungen haben bei der Erstellung und Umsetzung von Hygiene- und Infektionsschutzkonzepten die Vorgaben zum Arbeitsschutz und die Inhalte aktueller branchenüblicher Standards, die Empfehlungen entsprechender Fachverbände und die konkreten Rahmenbedingungen der Einrichtung zu berücksichtigen. Zudem sind die allgemeinen Regelungen dieser Allgemeinverfügung zwingend aufzunehmen. Auf die Hygieneregeln nach dem jeweiligen Hygiene- und Infektionsschutzkonzept ist in angemessener Weise hinzuweisen (beispielsweise durch die Verwendung von Piktogrammen, Hinweisschildern oder Plakaten).
- b) Arbeitgeber haben auf der Grundlage einer aktualisierten Gefährdungsbeurteilung besondere Arbeitsschutzmaßnahmen durchzuführen. Dabei sind die SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales veröffentlichte SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandard, die SARS-CoV-2 Arbeitsschutzregel und, soweit vorhanden, deren branchenspezifischen Anpassungen durch den zuständigen Unfallversicherungsträger oder die Arbeitsschutzbehörde sowie die einschlägigen Empfehlungen des Robert Koch-Institutes zum Infektionsschutz in ihren jeweiligen geltenden Fassungen und ergänzend Konzepte und Empfehlungen der Fachverbände zu berücksichtigen.
- c) Tätigkeits- und Beschäftigungsverbote nach dem Infektionsschutzgesetz sowie die Regelungen zu Kontaktpersonen sind zu beachten.
- d) Personal ist in Bezug auf die Einhaltung der Hygieneregeln während der Corona-Pandemie regelmäßig zu informieren.

9. Raumlufttechnische Anlagen (zum Beispiel Klimaanlagen)

- a) Da durch die Nutzung der Räume ein Überströmen und Verwirbeln der Luft nicht vermieden werden kann, bleiben Abstandsregeln und Hygienemaßnahmen vom Lüftungskonzept eines Raumes unberührt.

- b) Für Lüftungsanlagen in Bereichen mit medizinischen Sonderanforderungen, beispielsweise intensiv-medizinisch betreute Patienten, sind die Strömungsanforderungen gemäß den geltenden Normen beziehungsweise Empfehlungen (zum Beispiel der Deutschen Gesellschaft für Krankenhaushygiene) für raum-lufttechnische Anlagen in medizinischen Einrichtungen einzuhalten.
- c) Für sonstige Räume und in Bereichen **ohne** medizinische Sonderanforderungen im medizinischen und Pflegebereich werden keine zusätzlichen Forderungen zu lüftungstechnischen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Pandemie erhoben. COVID-19-Patienten müssen nicht in zwangsbelüfteten Räumen untergebracht werden; vorhandene Lüftungen müssen nicht abgeschaltet werden. Da durch Fachkreise (zum Beispiel Kommission Reinhaltung der Luft vom VDI) nach derzeitigem Wissen die Wahrscheinlichkeit einer Übertragung von SARS-CoV-2 über raumluftechnische Anlagen (RLTA) in Restaurants, Geschäften und Ähnlichen als sehr gering eingeschätzt wird, sollen raum-lufttechnische Anlagen nicht abgeschaltet werden. Es gelten die Anforderungen der Richtlinie VDI 6022; Wartungen sind regelmäßig durchzuführen. Bei RLTA mit Außenluft sollte das Außenluftvolumen erhöht werden, um einen entsprechenden Luftwechsel zu erreichen. In Räumen mit RLTA ohne zugeführte Außenluft sowie in Räumen ohne mechanische Lüftung ist während der Nutzung so oft wie möglich quer zu lüften, da Frischluft zur schnellen Verdünnung eventueller Virenlasten beiträgt.

II. Besondere Regelungen

Für die im Folgenden genannten Einrichtungen und Angebote gelten zusätzlich folgende besondere Hygieneregeln:

1. **Besondere Hygieneregeln für die Spelsenversorgung, die Abholung und Lieferung von Speisen und Getränken sowie den zulässigen Gastronomiebetrieb im Innen- und Außenbereich**
 - a) Soweit der Gastronomiebetrieb zulässig ist, wird im Innenbereich ein Abstand von mindestens 1,5 Metern zwischen den belegten Stühlen benachbarter Tische vorgeschrieben. Sitz- und Stehplätze sind so zu gestalten, dass ein Abstand von mindestens 1,5 Metern zu anderen Personen im Rahmen der Kontaktbeschränkung nach § 4 Absatz 2 der Sächsischen Corona-Notfall-Verordnung sicher gewährleistet ist. Bis zum Erreichen und beim Verlassen des Sitzplatzes ist von den Gästen mindestens eine medizinische Gesichtsmaske zu tragen. Personal ist zum Tragen mindestens einer medizinischen Gesichtsmaske verpflichtet.
 - b) Die Einhaltung der Hygieneregeln für Buffets ist durch Servicepersonal zu beaufsichtigen. Die Bildung von Warteschlangen ist zu vermeiden.
 - c) Der Konsum an Bartresen ist untersagt.
 - d) Wird das Shisha-Rauchen in zulässigen gastronomischen Einrichtungen angeboten, ist sicherzustellen, dass pro Person eine Shisha/Wasserpfeife benutzt wird (außer bei Personen, die zu einem Hausstand gehören), Einwegschläuche und Einwegmundstücke benutzt werden, die Zubereitung der Shisha mit Handschuhen und Mundschutz erfolgt und jede Shisha nach der Benutzung gründlich gereinigt und desinfiziert wird. Dazu gehört auch die Reinigung des Glaskörpers mit einem desinfizierenden Reinigungsmittel. Nach dem Reinigen muss der Glaskörper vollkommen getrocknet werden. Erst unmittelbar vor der nächsten Nutzung darf der Glaskörper wieder mit Wasser gefüllt werden.
2. **Besondere Hygieneregeln für zulässige Beherbergungsangebote**
 - a) Müssen Bereiche in den Unterkünften von unterschiedlichen Personen genutzt werden, zum Beispiel Aufenthaltsbereiche, Sanitärräume und Küchen, sollen, wenn der Mindestabstand nicht gewährleistet werden kann, durch organisatorische Maßnahmen Kontakte zwischen unbekannten Dritten vermieden werden. Geeignet sind zum Beispiel unterschiedliche Nutzungszeiten, die im Voraus festgelegt werden. Außerdem müssen die Räume zwischen den Nutzungen ausreichend gelüftet werden.
 - b) Bei der Unterbringung in Sammelunterkünften ist darüber hinaus die Einhaltung des vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales veröffentlichten SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandards zu gewährleisten.
3. **Besondere Hygieneregeln für öffentliche Toiletten sowie sanitäre Einrichtungen auf Campingplätzen, soweit diese genutzt werden dürfen**
 - a) Um den Mindestabstand der Nutzer untereinander einhalten zu können, sollen Hinweise angebracht werden, wie viele Personen maximal in den Sanitärräumen zulässig sind.
 - b) Es müssen ausreichend geeignete Möglichkeiten zum Händewaschen (möglichst mit entsprechendem Abstand zueinander) vorhanden sein, ausgerüstet mit Flüssigseife. Bringen die Nutzer keine eigenen Handtücher mit, sind zum Abtrocknen Einmalhandtücher optimal. Die Behälter zur Aufnahme der Einmalhandtücher sind mit reißfesten Müllsäcken auszukleiden und regelmäßig zu leeren.
 - c) Die Nutzer sind anzuhalten, die Hände nach der Nutzung der Sanitäranlage zu waschen.
 - d) Sämtliche Verunreinigungen insbesondere von Kontaktflächen im Zusammenhang mit Besucherverkehr sind umgehend zu beseitigen. Dafür sind gegebenenfalls mehrmals täglich Kontrollen und bei Beanstandungen unverzügliche Reinigungen notwendig.
4. **Besondere Hygieneregeln für zulässige Dienstleistungsbetriebe im Bereich der körpernahen Dienstleistung**
 - a) Benutzte Gerätschaften, Arbeits- und Hilfsmittel sind nach Anwendung am jeweiligen Kunden wie üblich aufzubereiten. Sämtliche Verunreinigungen, insbesondere von Arbeitsflächen im Zusammenhang mit Besucherverkehr, sind unverzüglich zu beseitigen.
 - b) Im Übrigen wird auf die einschlägigen Vorschriften der Sächsischen Hygiene-Verordnung vom 7. April 2004, rechtsbereinigt mit Stand vom 28. Dezember 2009, verwiesen.
5. **Besondere Hygieneregeln für zulässige Angebote der Musik- und Tanzschulen**
 - a) Für Musikschulen und den Musikunterricht durch freiberufliche Musikpädagogen wird empfohlen, beim Spielen von Blasinstrumenten und beim Singen einen Abstand von drei Metern zur nächsten Person in Blasrichtung sowie von zwei Metern seitlich zur nächsten Person einzuhalten. Beim Singen wird empfohlen, zwischen den Singenden beziehungsweise nach vorn und hinten einen Abstand von zwei Metern einzuhalten und zwischen Sänger und Gesangsleiter einen Abstand von drei Metern einzuhalten.
 - b) Bei Blasinstrumenten ist das Kondenswasser aufzufangen. Benutzte Einmaltücher sind in reißfesten Müllsäcken zu sammeln und zu entsorgen. Textiltücher sind nach der Nutzung entsprechend zu waschen.

- c) Besondere Hygieneregeln für die Tanzschulen und Tanzsportvereine:
- Es ist ein Lüftungskonzept zu erstellen und umzusetzen, das eine gesteigerte Frischluftzufuhr vor, während und nach der Trainingszeit gewährleistet.
 - Beim Tanzen mit einem festen Partner besteht keine Maskenpflicht.

6. Besondere Hygieneregeln für die Nutzung von Sportanlagen im Innen- und Außenbereich

- a) In Trainings- und Wettkampfpausen sind die Kontakte auf ein Mindestmaß zu beschränken.
- b) Bei Kontaktsportarten (Sportarten, die den physischen Kontakt zwischen Spielern erfordern) ist während des Trainings ein Wechsel der Trainingspartner zu minimieren.

7. Ergänzende Hygieneregeln für Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens

- a) Die Empfehlungen des Robert Koch-Instituts für Alten- und Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen für Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen sind durch stationäre Pflegeeinrichtungen und besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe zu beachten. Sie können insbesondere bezüglich der Gestaltung sozialer Kontakte auch für vergleichbare Veranstaltungen und Angebote im ambulanten Bereich Anwendung finden. Auf die Einhaltung des Mindestabstands im Rahmen sozialer Kontakte innerhalb der Einrichtung kann verzichtet werden, sofern die in den Empfehlungen nach Satz 1 genannten Voraussetzungen vorliegen und die Hinweise zum Umgang mit Nichtgeimpften berücksichtigt werden. Zusätzlich sollte auch die regionale Infektionslage bei den Entscheidungen berücksichtigt werden. Bei wohnbereichsübergreifenden, organisierten Veranstaltungen und Angeboten in Innenräumen ohne Mindestabstand ist das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erforderlich. Bei Kontakten vollständig geimpfter oder genesener Bewohnerinnen und Bewohner untereinander (ohne Anwesenheit ungeimpfter Personen) kann auf das Einhalten des Mindestabstands und das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes verzichtet werden, sofern die Kontakte innerhalb eines Wohnbereichs stattfinden.
- b) Die Träger von Tagespflegeeinrichtungen nach § 71 Absatz 2 Nummer 2 zweite Alternative des Elften Buches Sozialgesetzbuch sind verpflichtet, im Rahmen eines Hygieneplanes nach § 36 Absatz 1 Nummer 2 des Infektionsschutzgesetzes oder eines eigenständigen Konzepts Festlegungen zum Betreten und Verlassen der Einrichtungen zu erstellen. Die Konzeption hat insbesondere Regelungen zu Hygienemaßnahmen, zur gleichzeitig anwesenden Anzahl der betreuten Personen, zum Transport zur Einrichtung und nach Hause und zur Kontakterfassung zu enthalten. Dabei sind die Regelungen dieser Allgemeinverfügung zwingend aufzunehmen und die Empfehlungen des Robert Koch-Instituts für Alten- und Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen für Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen zu beachten. Soweit gemäß diesen Empfehlungen und unter Berücksichtigung der regionalen Infektionslage auf die Einhaltung des Mindestabstands verzichtet werden kann, müssen die betreuten Personen in Innenräumen einen Mund-Nasen-Schutz tragen. Nichtgeimpfte sollten den Mindestabstand einhalten und darüber aufgeklärt werden, dass für sie bei Teilnahme ein erhöhtes Infektionsrisiko besteht.

8. Besondere Hygieneregeln für zulässige Angebote der Kinder- und Jugendhilfe

Die Obergrenze in Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe für die zeitgleich anwesenden Personen bemisst sich an den örtlichen Gegebenheiten und muss im jeweiligen Hygienekonzept festgelegt werden.

III. Weitere Schutzmaßnahmen

Weitere Hygieneschutzmaßnahmen bleiben vorbehalten.

IV. Sofortige Vollziehung

Die sofortige Vollziehung dieser Allgemeinverfügung wird gemäß § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 der Verwaltungsgerichtsordnung angeordnet.

V. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Allgemeinverfügung tritt am 14. Dezember 2021 in Kraft.

Diese Allgemeinverfügung tritt mit Ablauf des 10. Januar 2022 außer Kraft.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Klage beim örtlich zuständigen Sächsischen Verwaltungsgericht schriftlich, zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form erhoben werden.

Gegen die Anordnung der sofortigen Vollziehung kann gemäß § 80 Absatz 5 der Verwaltungsgerichtsordnung auf Antrag die aufschiebende Wirkung vom Gericht der Hauptsache ganz oder teilweise wiederhergestellt werden.

Örtlich zuständig ist das Sächsische Verwaltungsgericht, in dessen Bezirk der Kläger seinen Sitz oder Wohnsitz hat:

- Verwaltungsgericht Chemnitz, Zwickauer Straße 56, 09112 Chemnitz,
- Verwaltungsgericht Dresden, Fachgerichtszentrum, Hans-Oster-Straße 4, 01099 Dresden,
- Verwaltungsgericht Leipzig, Rathenaustraße 40, 04179 Leipzig.

Für Kläger ohne Sitz oder Wohnsitz im Freistaat Sachsen ist das Verwaltungsgericht Dresden, Fachgerichtszentrum, Hans-Oster-Straße 4, 01099 Dresden, örtlich zuständig.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Sachsen) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, die angefochtene Allgemeinverfügung soll in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung

- Gegen Verwaltungsakte des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt ist ein Widerspruchsverfahren nicht vorgesehen. Durch die Einlegung eines Widerspruchs wird die Klagefrist nicht gewahrt.
- Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen.

- Wird die Klage in elektronischer Form erhoben, muss das elektronische Dokument entweder mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen werden oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 55a Absatz 4 der Verwaltungsgerichtsordnung eingereicht werden. Die weiteren Maßgaben für die Übermittlung des elektronischen Dokumentes ergeben sich aus Kapitel 2 der Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung.
- Kraft Bundesrecht wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Dresden, den 13. Dezember 2021

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Dagmar Neukirch
Staatssekretärin

Begründung

A. Allgemeiner Teil

Die vorliegende Allgemeinverfügung zur Anordnung von Hygieneauflagen bezieht sich auf die Sächsische Corona-Notfall-Verordnung und gestaltet diese durch allgemeine und besondere Hygienevorgaben näher aus.

Zu Ziffer I.2 (Allgemeine Hygienebestimmungen)

Nach dem wissenschaftlichen Sachstand, der sich im Verlauf der Pandemie ergeben hat, erfolgen die Infektionen mit SARS-CoV-2 hauptsächlich über den Aerosolpfad im Nah- und Fernfeld in Innenräumen. Im Nahfeld können außerdem auch Tröpfcheninfektionen (Tröpfchen = Partikel mit Durchmesser $D_p > 100$ Mikrometer) stattfinden. Maßnahmen zur Verringerung der Transmission von SARS-CoV-2 müssen also in Innenräumen die Aerosolbelastung verringern und gehen Hand in Hand mit einer Verbesserung der Innenraum-Luftqualität.

Personen mit begründetem Verdacht einer COVID-19-Infektion dürfen die Einrichtungen aus Vorsorgegründen weder als Kunden betreten noch als Mitarbeiter in diesen tätig sein.

Auf allgemeine Hygieneregeln wie die Empfehlung zum Einhalten eines Mindestabstandes von 1,5 Metern zwischen Personen beziehungsweise die Verpflichtung zum Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes (im Sinne der Corona-Schutz-Verordnung) sowie gründliches Lüften beziehungsweise auf den Aufenthalt im Freien wird im Zuge der steigenden Infektionszahlen hingewiesen.

Im Hygienekonzept sind Maßnahmen zur Vermeidung von Schmierinfektionen durch Händehygiene und zur Vermeidung des Berührens von Oberflächen zu treffen.

Die Kunden sind bereits beim Betreten der Betriebe, Geschäfte und öffentlichen Einrichtungen beziehungsweise des gastronomischen Außenbereichs auf die entsprechend dem Hygienekonzept einzuhaltenden Regeln hinzuweisen, um deren Kenntnis und Beachtung sicherstellen zu können beziehungsweise im Falle der Nichtakzeptanz das weitere Betreten zu verhindern.

Die regelmäßige Reinigung oder Desinfektion ist weiterhin eine zentrale infektionsschutzrechtlich gebotene Maßnahme. Das Robert Koch-Institut weist darauf hin, dass auch eine Kontaktübertragung nicht auszuschließen sei (<https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/2020/nCoV/Infektionsschutzmaßnahmenhandbuch.html>).

www.bfr.bund.de/cm/343/kann-das-neuartige-coronavirus-ueber-lebensmittel-und-gegenstaende-uebertragen-werden.pdf). In der Konsequenz wurde die Bereitstellung von Desinfektionsmitteln und Anwendung durch die Kunden wie auch regelmäßige Desinfektion von häufig berührten Flächen geregelt.

Zu Ziffer I.5 (Abstand)

Bei der Öffnung, Inanspruchnahme und dem Betrieb von Geschäften, Einrichtungen, Unternehmen und sonstigen Angeboten sind im Hygienekonzept Maßnahmen zu treffen, die die Einhaltung des vorgeschriebenen Mindestabstandes von 1,5 Metern ermöglichen. Dies kann durch ein Einlassmanagement (Zählsysteme, Terminvergabe und anderes) erreicht werden, das den Besucher-, Kunden- und Gastverkehr reduziert. Auch Markierungen auf dem Boden und – soweit realisierbar – Einbahnstraßen-Regelungen erleichtern Kunden und Personal das Erkennen und Einhalten gewünschter Abstände.

Um das Infektionsrisiko durch Aerosole und Tröpfcheninfektionen im Innenbereich, an denen viele Menschen aufeinandertreffen, gering zu halten, ist das Abstandsgebot einzuhalten. Die Hygienekonzepte haben Maßnahmen zur Umsetzung der Einhaltung eines Mindestabstands zu treffen.

Zu Ziffer I.6 (Lüften)

Regelmäßiges Lüften bedeutet einen Luftaustausch von Innenraumluft mit frischer Außenluft. Dabei werden unter anderem verbrauchte Luft, Schadstoffe von Materialien, Partikel sowie Biostoffe, zum Beispiel Krankheitserreger, nach außen abtransportiert, um eine gute Luftqualität in Innenräumen zu gewährleisten. Nach der Arbeitsstättenverordnung und der konkretisierenden Technischen Regel für Arbeitsstätten ASR A3.6 „Lüftung“ (Gemeinsames Ministerialblatt (GMBL) 2012 S. 92, zuletzt geändert GMBL 2018 S. 474) muss in umschlossenen Arbeitsräumen eine „gesundheitlich zuträglichkeit Atemluft“ vorhanden sein. Gerade in Zeiten einer Pandemie ist ein ausreichender Luftaustausch besonders wichtig, damit die Ansteckungsgefahr verringert werden kann. Die ASR A3.6 „Lüftung“ und die SARS-CoV-2-Pandemie-Empfehlungen zum Lüftungsverhalten an Innenraumarbeitsplätzen der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung e.V. (DGUV) vom 12. Oktober 2020 (<https://publikationen.dguv.de/widgets/pdf/download/article/3932>) empfehlen für das Lüften von zum Beispiel Büroräumen einen zeitlichen Abstand von einer Stunde und von Besprechungs- und Seminarräumen von 20 Minuten.

Zu Ziffer I.8 (Arbeitsschutz und Konzepte)

Von Betrieben, Geschäften und öffentlichen Einrichtungen sind in Form von Hygienekonzepten die Hygienemaßnahmen festzuschreiben und einzuhalten, wie sie im SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandard des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und in der vorliegenden Allgemeinverfügung beschrieben sind. In diesem Zusammenhang sollen aktuelle branchenübliche Standards, die Empfehlungen entsprechender Fachverbände sowie die konkreten Rahmenbedingungen der Einrichtungen Berücksichtigung finden und die Hygienekonzepte konkretisieren.

Den wesentlichen Übertragungsweg von SARS-CoV-2-Viren stellen Aerosole dar, die über die Atemluft übertragen werden. Entsprechend hat das Personal einen Mund-Nasen-Schutz gemäß den Vorgaben der SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung zu tragen, sofern keine alternativen ebenso wirksamen Schutzmaßnahmen beim unmittelbaren Kontakt mit Kunden oder anderen Mitarbeitern Verwendung finden. Auf diese Weise soll die Ausbreitung von Aerosolen zumindest reduziert werden. Kunststoffvisiere und einfache Trennscheiben sind nicht ausreichend, da die Aerosole damit nicht aufgehalten werden.

Zur Sicherstellung der Beachtung aller aktuellen Hygienevorgaben ist eine regelmäßige Information des Personals erforderlich.

Die allgemeinen Grundsätze des Infektionsschutzes sowie Vorgaben des Lebensmittelhygienerechts sind darüber hinaus unverändert anzuwenden.

Zu Ziffer I.9 (Klimaanlagen, Raumlufteinrichtungen)

Durch Klimaanlagen und raumluftechnische Anlagen können Tröpfchen und Aerosole im Raum verwirbelt und verteilt werden. Nur gut gewartete und richtig eingestellte Klimaanlagen und raumluftechnische Anlagen können dieses Risiko minimieren.

Aufgrund der Einschätzungen entsprechender Fachkreise werden Regelungen für die Belüftung getroffen, um das Risiko der Weiterverbreitung von SARS-CoV-2 einzudämmen. Auf den derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnisstand und die sich daraus ableitenden Handlungsempfehlungen, die in der Publikation „Infektionsschutzgerechtes Lüften – Hinweise und Maßnahmen in Zeiten der SARS-CoV-2-Epidemie“ (https://www.baua.de/DE/Angebote/Publikationen/Fokus/Lueftung.pdf?__blob=publicationFile&v=18) der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) umfassend dargestellt werden, wird Bezug genommen.

B. Besonderer Teil

Die in dieser Allgemeinverfügung enthaltenen besonderen Hygieneregeln sind auf die besonderen Bedingungen der jeweiligen Einrichtungen und Angebote ausgelegt und dienen der Eindämmung und Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2. Auf die Ausführungen unter A. Allgemeiner Teil der Begründung wird verwiesen.

Zu Ziffer II.1 (Besondere Hygieneregeln für die Speiserversorgung, die Abholung und Lieferung von Speisen und Getränken sowie den zulässigen Gastronomiebetrieb im Innen- und Außenbereich)

Die Hygieneregeln für die Abgabe von Speisen und Getränken zur Mitnahme sowie für den Verzehr in Mensen und Kantinen beziehungsweise im Rahmen der zulässigen Innen- und Außengastronomie folgen den Erkennt-

nissen zu Übertragungswegen, wie sie im SARS-CoV-2 Steckbrief des Robert Koch-Instituts (https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Steckbrief.html#doc13776792bodyText2) in Verbindung mit den ergänzenden fachlichen Einschätzungen des Bundesinstitutes für Risikobewertung (zum Beispiel: <https://www.bfr.bund.de/cm/343/kann-das-neuartige-coronavirus-ueber-lebensmittel-und-gegenstaende-uebertragen-werden.pdf>) beschrieben sind.

Zur Sicherstellung der Abstandsregelungen entsprechend der Robert Koch-Institut-Empfehlung wurde zwischen den Stühlen benachbarter Tische im Innenbereich beim Verzehr von Speisen ein Abstand von mindestens 1,5 Metern festgeschrieben. Da beim Verzehr von Speisen in der Regel länger verweilt wird, muss hier besonders auf die Einhaltung der Abstandsregelungen geachtet werden. An einem Tisch gruppierte Stühle können den Mindestabstand unterschreiten. Diese Abstandsregelungen gelten nur für den Gastronomiebetrieb im Innenbereich. Um auch größeren Gruppen das gemeinsame Verzehren von Speisen zu ermöglichen, gelten zusammengestellte Tische als ein Tisch im Sinne dieser Allgemeinverfügung.

Das Robert Koch-Institut weist darauf hin, dass auch eine Kontaktübertragung nicht auszuschließen sei. In der Konsequenz wurde die Bereitstellung von Desinfektionsmitteln und Anwendung durch Kunden beziehungsweise Gäste und das Shisha-Rauchen in gastronomischen und vergleichbaren Einrichtungen geregelt. Ergänzende Regelungen für den Lebensmittelbereich inklusive der Lebensmittelbedarfsgegenstände berücksichtigen ebenfalls die Möglichkeit der Kontaktinfektion.

Zu Ziffer II.2 (Besondere Hygieneregeln für zulässige Beherbergungsangebote)

Zusätzlich zu den allgemeinen Geboten werden spezielle organisatorische Regeln als Infektionsschutzmaßnahmen getroffen, um die Kontakte in gemeinschaftlich genutzten Räumen soweit wie möglich zu begrenzen.

Die Hinweise zur Speiserversorgung sind in der Begründung zu Ziffer II.1 dargelegt.

Zu Ziffer II.3 (Besondere Hygieneregeln für öffentliche Toiletten sowie sanitäre Einrichtungen auf Campingplätzen, soweit diese genutzt werden dürfen)

Öffentliche Toiletten und sanitäre Einrichtungen auf Campingplätzen werden naturgemäß von vielen Menschen benutzt. Kommen viele Menschen ohne die Einhaltung von Abstandsregeln zusammen, kann dies ein Risiko für eine Infektion mit SARS-CoV-2 darstellen. Deshalb ist die Benutzung der öffentlichen Toiletten und sanitären Anlagen auf Campingplätzen von zu vielen Personen zur gleichen Zeit zu vermeiden. Dies gelingt durch die Beschränkung der gleichzeitig anwesenden Personenzahl in Abhängigkeit von der Raumgröße sowie der Einhaltung der Abstandsempfehlungen in diesen Bereichen.

Das Händewaschen nach der Nutzung der Sanitäranlagen ist eine wichtige Hygienemaßnahme um das Infektionsrisiko zu senken. Für das Händewaschen müssen in den Sanitäranlagen geeignete Möglichkeiten vorhanden sein. Hierbei wird ein entsprechender Abstand zwischen den Personen empfohlen. Die Bereiche zum Händewaschen müssen zudem mit Flüssigseife und Einmalhandtüchern (falls die Personen kein eigenes Handtuch bei sich tragen) ausgerüstet sein. Die Benutzung von Stückseifen beziehungsweise einem Handtuch für mehrere Personen ist nicht geeignet, da

bei nicht gründlichem Waschen der Hände Keime, welche sich auf dem Handtuch befinden, von einer Person auf die Hände der nächsten Person übertragen werden können.

Die Nutzer sind angehalten, sich die Hände nach der Nutzung der öffentlichen Toilettenanlage/ Sanitäranlage auf dem Campingplatz zu waschen. Dies erfolgt über entsprechende Hinweise. Nach dem Toilettenbesuch können Keime leicht über kleinste Stuhlreste weitergetragen werden. Von den Händen können Erreger beispielsweise an Spültaster, Armaturen oder Türklinken weitergereicht werden und dort abhängig von der Art des Keims, der Beschaffenheit der Oberfläche, der Umgebungstemperatur oder Feuchtigkeit für einige Zeit überleben. Durch gründliches Händewaschen kann die Weitertragung von Keimen vermieden werden.

Die Reinigung insbesondere von Kontaktflächen in öffentlichen Toiletten und Sanitärbereichen auf Campingplätzen ist regelmäßig durchzuführen. Verunreinigungen sind umgehend zu beseitigen. Die Bereiche werden von Personen aus unterschiedlichen Hausständen über den ganzen Tag genutzt. Es ist davon auszugehen, dass durch häufige Nutzung die Verunreinigung zunimmt und somit das Infektionsrisiko steigt. Deshalb ist die Sauberkeit in diesen Bereichen zu gewährleisten und diese regelmäßig zu kontrollieren.

Zu Ziffer II.4 (Besondere Hygieneregeln für zulässige Dienstleistungsbetriebe im Bereich der körpernahen Dienstleistung)

Zusätzlich zu den allgemeinen Geboten werden spezielle organisatorische Regeln getroffen, um die in Betrieben im Bereich der körpernahen Dienstleistung bestehenden Gefahren so weit wie möglich zu reduzieren.

Bei körpernahen Dienstleistungen werden Angebote direkt am Menschen erbracht. Hierbei besteht ein höheres Risiko der Weitergabe von SARS-CoV-2, da Mindestabstände nicht eingehalten werden können. Insofern werden organisatorische Maßnahmen und Regelungen für die Reinigung aufgestellt.

Zu Ziffer II.5 (Besondere Hygieneregeln für zulässige Angebote der Musik- und Tanzschulen)

Durch die vorliegenden Regelungen für Musik- und Tanzschulen soll das Infektionsrisiko minimiert werden. Um eine Weitergabe des Coronavirus SARS-CoV-2 zu vermeiden, sollten die in ihrer Wirksamkeit anerkannten Hygieneregeln und Schutzmaßnahmen zuverlässig eingehalten werden.

Durch Musikinstrumente (insbesondere Blasinstrumente) und Gesang können nachweislich mehr Tröpfchen und Aerosole verbreitet werden als beim normalen Umgang zwischen Personen. Insofern sind spezielle Regelungen für diesen Personenkreis zu treffen, insbesondere zur empfohlenen Einhaltung eines größeren Abstands zwischen den Handelnden und zum Umgang mit besonders risikoreichen Instrumenten (Blastinstrumente). Die für diesen Bereich vorhandenen Empfehlungen der Fachverbände sollen Anwendung finden.

Beim Tanzen als sportliche Betätigung ist in Tanzschulen während des Tanzens mit einem festen Partner kein Mund-Nasen-Schutz zu tragen.

Zu Ziffer II.6 (Besondere Hygieneregeln für die Nutzung von Sportanlagen im Innen- und Außenbereich)

Sportliche Aktivitäten sind mit einer gesteigerten Atmung und damit auch einem höheren Ausstoß von Tröpfchen und Aerosolen verbunden. Um die Gefahr einer erhöhten Übertragung von SARS-CoV-2 zu reduzieren, sind die Vorgaben der Bundesfachverbände für Training und Wettkämpfe zu beachten.

Zu Ziffer II.7 (Ergänzende Hygieneregeln für Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens)

Die Beachtung der Empfehlungen des Robert Koch-Instituts für stationäre Alten- und Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen für Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen (https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Alten_Pflegeeinrichtung_Empfehlung.pdf?__blob=publicationFile) wird den stationären Pflegeeinrichtungen und besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe nahegelegt, da sie Handlungsanleitungen zur Prävention und Management von COVID-19 in diesen Einrichtungen enthalten, die kontinuierlich an neu gewonnene Kenntnisse und sich ändernde Bedingungen angepasst werden. Bisher war der Verweis auf die Berücksichtigung der Empfehlungen in der Sächsischen Corona-Schutzverordnung beziehungsweise Sächsischen Corona-Notfallverordnung enthalten.

Da diese Empfehlungen teilweise auch auf Angebote der ambulanten Versorgung, beispielsweise organisierte Veranstaltungen für Menschen im betreuten Wohnen, angewendet werden können, wird dies insbesondere im Hinblick auf Erleichterungen in Folge des Impffortschritts für soziale Kontakte hier klargestellt.

Möglichkeiten zur Reduzierung beziehungsweise zum Verzicht auf den Mindestabstand werden in den Empfehlungen des Robert Koch-Instituts beispielsweise für Gemeinschaftsveranstaltungen unter bestimmten Bedingungen, insbesondere einer hohen Impfquote unter den Bewohnerinnen und Bewohnern, oder bei Zusammenkünften von geimpften beziehungsweise genesenen Bewohnerinnen und Bewohnern (ohne Anwesenheit von Ungeimpften) sowie in Besuchskonstellationen beschrieben. Auf die Berücksichtigung dieser Voraussetzungen und die Hinweise zum Umgang mit ungeimpften Personen, beispielsweise die Beibehaltung des Mindestabstands für diese Personengruppe und Informationen zum erhöhten Infektionsrisiko, wird hingewiesen. Gemäß den Empfehlungen ist generell bei den Lockerungen auch die regionale Infektionslage zu berücksichtigen. Angesichts der aktuell sehr hohen Inzidenzen im Freistaat Sachsen wird daher auf diesen Zusammenhang verwiesen mit dem Ziel einer sehr sensiblen Abwägung dieser Erleichterungen.

Das vom Robert Koch-Institut für wohnbereichsübergreifende Gemeinschaftsveranstaltungen ohne Einhaltung des Mindestabstands empfohlene Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes wird hier verbindlich festgelegt im Kontext größerer organisierter Zusammenkünfte, bei denen teilweise auch ungeimpfte Menschen aus verschiedenen, sonst abgegrenzten Bereichen zusammenkommen. Dies ist eine zusätzliche Schutzmaßnahme für vulnerable Personengruppen, insbesondere vor dem Hintergrund des Auftretens von Coronavirus-Mutationen, da Infektionen und Übertragungen durch geimpfte beziehungsweise genesene Personen nicht ganz ausgeschlossen werden können.

Bei Zusammenkünften von Bewohnerinnen und Bewohnern innerhalb eines Wohnbereichs, der eine kleinere Personenzahl mit überschaubaren Außenkontakten – in der Regel

in Form von getesteten oder geimpften beziehungsweise genesenen Besuchern – umfasst, kann bei Zusammenkünften ausschließlich von geimpften beziehungsweise genesenen Bewohnerinnen und Bewohnern auf die Einhaltung des Mindestabstands sowie das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes verzichtet werden.

Die Träger von Tagespflegeeinrichtungen nach § 71 Absatz 2 Nummer 2 zweite Alternative des Elften Buches Sozialgesetzbuch werden verpflichtet, im Rahmen eines Hygieneplanes oder eines eigenständigen Konzepts Festlegungen zum Betreten und Verlassen der Einrichtungen zu erstellen. Die Einrichtungen haben Sorge zu tragen, dass sich die Pflegebedürftigen, die Beschäftigten sowie weitere Personengruppen (zum Beispiel Angehörige, behandelnde Ärzte, Dienstleister) nicht infizieren. Dafür haben sie einen einrichtungsspezifischen Hygieneplan zu erstellen, welcher sämtliche Maßnahmen zusammenfasst, die der Einhaltung und Gewährleistung bestimmter Hygiene-Standards dienen, um Infektionen einzudämmen und deren weitere Ausbreitung zu verhindern. Diese Notwendigkeit besteht nach dem Infektionsschutzgesetz. Satz 2 benennt Einzelheiten zur inhaltlichen Ausgestaltung. Der zu erstellende Hygieneplan oder das eigenständige Konzept muss Regelungen insbesondere zur gleichzeitig anwesenden Anzahl der betreuten Personen, zum Transport zur Einrichtung und nach Hause sowie zur Nachverfolgbarkeit eventueller Infektionsketten beinhalten. Es sind verhältnismäßige Regelungen zu erstellen, die das jeweilige Infektionsgeschehen und das Selbstbestimmungsrecht der versorgten Personen berücksichtigen. Dabei sind auch die einschlägigen Empfehlungen des Robert Koch-Instituts zu beachten.

In Anlehnung an die jeweils geltenden Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts (https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Alten_Pflegeeinrichtung_Empfehlung.pdf?__blob=publicationFile) kann – analog der Empfehlung für Gemeinschaftsveranstaltungen – auf die Einhaltung des Mindestabstands verzichtet werden, wenn eine hohe Impfquote unter den betreuten Personen erreicht ist. Als zusätzliche Schutzmaßnahme der vulnerablen Personengruppe wird beim Verzicht auf den Mindestabstand das Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes in Innenräumen nicht nur empfohlen, sondern verbindlich festgelegt. Hingewiesen wird auch auf den durch die Empfehlungen des Robert Koch-Instituts beschriebenen Umgang mit Nichtgeimpften. Auch hier wird auf die zusätzliche Berücksichtigung der regionalen Infektionslage verwiesen, um zu erreichen, dass derzeit diese Erleichterungen sehr sorgfältig bedacht werden.

Zu Ziffer II.8 (Besondere Hygieneregeln für Angebote der Kinder- und Jugendhilfe)

Den allgemeinen Hygieneregeln der Allgemeinverfügung folgend sollen die Konzepte neben Maßnahmen zur Besucherlenkung und zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes auch Maßnahmen zur Einhaltung des empfohlenen Mindestabstands und zur Festlegung der Obergrenze der zeitgleich anwesenden Personen umfassen, um eine Kontaktreduzierung und die Einhaltung der Regelungen des Infektionsschutzes während der Durchführung der Angebote zu gewährleisten.

Über das jeweilige Hygienekonzept können Besonderheiten der konkreten Angebote in den Regelungszusammenhang integriert und damit die Wirkung der Infektionsschutzmaßnahmen an der konkreten Einrichtung optimiert werden.

Die Durchführung der Kinder-, Jugend- und Familienerholungsmaßnahmen in festen Gruppen soll zur Kontaktreduzierung beitragen und eine Kontaktnachverfolgung ermöglichen.

Zu Ziffer III

Mit dem Vorbehalt weiterer Hygieneschutzmaßnahmen kann auf ein dynamisches Infektionsgeschehen mithilfe der Anordnung gegebenenfalls weiterer erforderlicher Maßnahmen flexibel reagiert werden.

Zu Ziffer IV

Mit dieser Ziffer wird die sofortige Vollziehbarkeit dieser Allgemeinverfügung angeordnet. Die sofortige Vollziehung dieser Verfügung gemäß § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) ist im überwiegenden öffentlichen Interesse (Infektionsschutz) geboten. Für die Anordnung der sofortigen Vollziehung besteht ein besonderes öffentliches Interesse, weil die sofortige Durchsetzung der Anordnung der Hygieneauflagen zur Verhinderung der Verbreitung der Coronavirus-Krankheit (COVID-19) aufgrund der bestehenden Ansteckungsgefahr keinen Aufschub duldet. Die Vollzugsbehörden müssen im Interesse der Wahrung des Infektionsschutzes und der öffentlichen Sicherheit in der Lage sein, die angeordneten Maßnahmen, gegebenenfalls auch im Rahmen des Verwaltungszwanges, kurzfristig durchzusetzen. Auch aus diesem Grund ist die Anordnung der sofortigen Vollziehung geboten. Das Privatinteresse hat hinter dem öffentlichen Interesse zurückzustehen.

Zu Ziffer V

Diese Ziffer regelt das In- und Außerkrafttreten.

**Programm
des Sächsischen Staatsministeriums
für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
und der Sächsischen Tierseuchenkasse
zur risikobasierten Überwachung und freiwilligen Bekämpfung
der Koi-Herpesvirus-Infektion (KHV-I) der Karpfen
in sächsischen Aquakulturbetrieben (KHV-Programm)**

Vom 11. November 2021

1. Einleitung

Die durch das Cyprine Herpesvirus 3 verursachte Koi-Herpesvirus-Infektion (KHV-I) der Karpfen wurde erstmals Ende der 1990er Jahre beschrieben. Die KHV-I ist die gegenwärtig wirtschaftlich bedeutsamste Erkrankung bei Karpfen in sächsischen Aquakulturbetrieben und spielt eine bedeutsame Rolle beim Handel mit Satzfishen innerhalb Deutschlands und beim innergemeinschaftlichen Verbringen. Auch in Angelgewässern führte die Seuche bereits zu Verlustgeschehen bei wildlebenden Karpfen.

Beim Karpfen und seinen Zuchtformen kann das Virus akute Verlustgeschehen mit Mortalitätsraten von bis zu 100 Prozent vornehmlich bei Wassertemperaturen zwischen 18 und 25 °C verursachen. Typisch für die Infektion durch das KHV sind unter anderem eingefallene Augen (Enophthalmus) sowie Haut- und Kiemennekrosen. In seltenen Fällen wird das KHV ohne das Auftreten typischer klinischer Symptome bei Karpfen nachgewiesen. Diese Fische sind ebenso wie die Überlebenden eines KHV-Ausbruchs als latente Virusträger besonders gefährlich in Bezug auf die Verbreitung der Seuche durch den Handel mit Satzfishen und den Besatz von Angelgewässern.

Bereits 2006 legten das Sächsische Staatsministerium für Soziales und die Sächsische Tierseuchenkasse (TSK) erstmalig ein KHV-Bekämpfungsprogramm auf. Zwischen 2009 und 2014 wurde zusätzlich das mit der Entscheidung 2008/897/EG genehmigte KHV-Tilgungsprogramm in Sachsen durchgeführt.

Dadurch konnte die KHV-I im Freistaat deutlich zurückgedrängt und seitdem auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau gehalten werden.

Zum Schutz von freien und sanierten Betrieben und zur weiteren schrittweisen Zurückdrängung der Infektion ist neben der durch das EU-Recht vorgeschriebenen Überwachung die freiwillige Bekämpfung der Seuche dringend erforderlich.

Betriebe, die in Sachsen für KHV-I empfängliche Fischarten halten, sind regelmäßig hinsichtlich der Prävention und Bekämpfung der Seuche zu beraten. Der Fischgesundheitsdienst (FGD) der TSK unterstützt darüber hinaus die Betriebe bei der Erstellung von Biosicherheitsplänen hinsichtlich der Vermeidung der Einschleppung und Verbreitung des KHV.

2. Ziele des Programms

Ziele des Programms sind

1. die Überwachung sowie die Zurückdrängung der KHV-I im Freistaat Sachsen
2. der Schutz von nicht infizierten Betrieben und Gebieten
3. den „Status KHV-unverdächtig“ gemäß Anlage 1 zu erlangen
4. die frühzeitige Erkennung von Infektionsgeschehen
5. die Begleitung infizierter Betriebe bei der Bekämpfung der Seuche und
6. Beratung aller teilnehmenden Betriebe zu entsprechenden Biosicherheitsmaßnahmen
7. Öffentlichkeitsarbeit und Erhöhung des Wissensstandes zur KHV-I.

Das Programm dient weiterhin der Datenerhebung über die Verbreitung der KHV-I in Sachsen. Die Daten werden von der TSK jährlich ausgewertet und an das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (SMS) weitergeleitet.

3. Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) 2016/429 (Animal Health Law, AHL) Artikel 226

Durchführungsverordnung (EU) 2018/1882 Anhang Tabelle gemäß Artikel 2 – Einstufung der KHV als Kat. E Seuche, Liste der empfänglichen Arten und Überträgerarten

Delegierte Verordnung EU 2020/691 Artikel 6 – Verpflichtung der zugelassenen Aquakulturbetriebe und Gruppen von Aquakulturbetrieben zur Teilnahme an einem risikobasierten Überwachungsprogramm

Delegierte Verordnung (EU) 2020/ 689 (Anhang VI Teil I Risikobasierte Überwachung)

4. Verfahrensweise

4.1 Beratung der Betriebe

Der FGD berät die Fischhaltungsbetriebe zur Überwachung und erforderlichenfalls Bekämpfung der KHV-I. Die Beratung umfasst insbesondere die Erstellung und Anwendung von Biosicherheitsplänen zur Verhinderung der Einschleppung des KHV unter anderem durch:

- Seuchenhygienische Trennung der Fischbestände
- Zukauf aus nachgewiesenen KHV-freien Beständen bei Zukauf aus anderen Bundesländern
- Zukauf aus KHV-unverdächtig zertifizierten sächsischen Betrieben

- Reinigung und Desinfektionsmaßnahmen von Haltungseinrichtungen, Fahrzeugen und Gerätschaften

4.2 Untersuchungen

Für die Untersuchung auf KHV stehen an der Landesuntersuchungsanstalt für das Gesundheits- und Veterinärwesen Sachsen (LUA) molekularbiologische Methoden (PCR), Elektronenmikroskopie und Histologie zur Verfügung. Die Probenahmen und Untersuchungen erfolgen gemäß den Vorgaben aus der amtlichen Methodensammlung des FLI in der aktuellen Fassung. Gegebenenfalls sind Erkrankungen mit ähnlicher Symptomatik differentialdiagnostisch auszuschließen.

- Bestandsuntersuchung**
Karpfenbestände und Überträgerfischarten werden risikobasiert klinisch und virologisch untersucht.
- Verfolgsuntersuchung**
Treten in einem teilnehmenden Fischhaltungsbetrieb erhöhte Fischverluste auf oder werden klinische Veränderungen an den Fischen festgestellt, die den Ausbruch der KHV-I vermuten lassen, so informiert der Fischhalter unverzüglich das zuständige Lebensmittelüberwachungs- und Veterinäramt (LÜVA) und den FGD. Dieser führt klinische und differentialdiagnostische Untersuchungen durch und entnimmt Proben gemäß den Vorgaben der amtlichen Methodensammlung des FLI.
- epidemiologische Untersuchung**
Im Falle des positiven Befundes nach Buchstabe a oder b werden weitere epidemiologisch im Zusammenhang stehende Untersuchungen in Abstimmung zwischen Betrieb und FGD durchgeführt.
- Vektoren- und Prädatorenuntersuchung**
Im Falle eines positiven Befundes in einem Fischbestand kann der FGD die Untersuchung auf das Vorhandensein von KHV-Genom bei möglichen Vektoren veranlassen. Dies umfasst insbesondere Wirbellose und Material von Prädatoren.

4.3 Maßnahmen zur Erlangung und Aufrechterhaltung der KHV-Unverdächtigkeit

Die Betriebe verpflichten sich,

- Untersuchungen gemäß Nummer 4.2 Buchstabe a risikobasiert durchführen zu lassen und
- gemäß Nummer 4.2 Buchstabe b unverzüglich den FGD einzubeziehen und seiner Meldepflicht gegenüber dem zuständigen LÜVA nachzukommen
- Brut- und Satzische nur aus KHV-unverdächtig zertifizierten Betrieben beziehungsweise mit negativem PCR-Untersuchungsergebnis auf das KHV-Genom zuzukaufen
- seuchenhygienische Grundsätze und Biosicherheitsmaßnahmen einzuhalten

Für den Zukauf von Speisefischen gelten die gleichen Bedingungen oder es erfolgt eine konsequente seuchenhygienische Trennung.

Betriebe, die seit mindestens zwei Jahren gemäß diesem Programm mit negativen Ergebnissen auf KHV untersucht wurden, können vom FGD ein Zertifikat über die KHV-Unverdächtigkeit erhalten (Anlage A). Das Zertifikat kann sich auch auf Betriebsteile bzw. auf seuchenhygienisch getrennte epidemiologische Einheiten beziehen. Epidemiologische Einheiten zeichnen sich unter anderem durch getrennte Wasserführung sowie separate Bewirtschaftung mit eigenen oder vollständig desinfizierten Gerätschaften aus.

4.4 freiwillige Maßnahmen zur Bekämpfung der KHV-I

Aquakulturbetrieb und FGD erarbeiten gemeinsam ein betriebliches KHV-Bekämpfungskonzept, in welchem abrechenbare Auflagen wie Trockenlegung, Kalkung sowie weitere konkrete Biosicherheitsmaßnahmen festgelegt werden (Anlage B). Die Kontrolle der Einhaltung obliegt dem FGD.

Das Bekämpfungskonzept enthält betriebsspezifische Festlegungen und wird als Vereinbarung gemäß Anlage C vom Tierhalter und FGD unterzeichnet.

Tierverlustbeihilfen infolge KHV-bedingter Verluste können von der TSK bei Neuausbruch nur für teilnehmende Betriebe beziehungsweise bei erneutem Ausbruch nur für Betriebe mit einem abgestimmten und umgesetzten Bekämpfungskonzept berücksichtigt werden.

4.5 Erhöhung des Wissensstandes

Die TSK initiiert oder beteiligt sich als Partner an wissenschaftlichen Projekten, die dem Erkenntnisgewinn über das KHV dienen.

Die TSK trägt in Form von Fachartikeln, Merkblättern, Vorträgen und Beratungen zur Öffentlichkeitsarbeit bei.

5. Teilnahme an dem Programm

Die Teilnahme steht allen bei der TSK gemeldeten Haltern von empfänglichen Fischarten oder Überträgerarten offen.

Die Teilnahme ist freiwillig.

Voraussetzung ist die ordnungsgemäße Meldung der Tiere sowie die fristgerechte Entrichtung der Beiträge an die TSK.

6. Datenübermittlung und Auswertung

Jeder Teilnehmer am Programm erklärt sich damit einverstanden, dass Daten seines Bestandes dem Tiergesundheitsdienst der TSK zur Verfügung gestellt werden. Die LUA übermittelt der TSK und dem zuständigen LÜVA die Untersuchungsbefunde. Der Tiergesundheitsdienst wertet die Befunde in Zusammenarbeit mit dem Tierhalter aus.

Die Auswertung und Veröffentlichung der anonymisierten Ergebnisse erfolgt durch den Tiergesundheitsdienst im jährlichen Arbeitsbericht, gegebenenfalls in Form von Fachartikeln und Vorträgen sowie durch Dritte im Rahmen einer Facharbeit. Die Daten werden entsprechend den datenschutzrechtlichen Bestimmungen behandelt.

7. Kosten

Die Kosten trägt der Tierhalter.

Die TSK beteiligt sich entsprechend der Vorgaben in der jeweils gültigen Satzung. Voraussetzung für die Gewährung der Beihilfe ist die Einhaltung der Anforderungen dieses Programms.

8. Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Dieses Programm tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2022 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Neufassung des gemeinsamen Programms des Sächsischen Staatsministeriums für

Soziales und Verbraucherschutz und der Sächsischen Tierseuchenkasse zur Prophylaxe und Bekämpfung der Koi-Herpesvirus (KHV)-Infektion in sächsischen Fischhaltungsbetrieben (KHV-Bekämpfungsprogramm) vom 13. April 2016 (SächsABl. S. 1061) außer Kraft.

Dresden, den 11. November 2021

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Dr. Stephan Koch
Abteilungsleiter

Sächsische Tierseuchenkasse
Bernhard John
Vorsitzender des Verwaltungsrates

**Anlage A
(zu Nr. 4.3)**



SÄCHSISCHE
TIERSEUCHENKASSE
ANSTALT
DES ÖFFENTLICHEN
RECHTS

Zertifikat des Fischgesundheitsdienstes der Sächsischen Tierseuchenkasse zur KHV-Unverdächtigkeit

Der Fischhaltungsbetrieb

Name

Anschrift

Anlagenbezeichnung

TSK-Nummer

Registrier-/ Genehmigungsnummer

nimmt am Programm des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt und der Sächsischen Tierseuchenkasse zur risikobasierten Überwachung und freiwilligen Bekämpfung der Koi- Herpesvirus-Infektion (KHV-I) der Karpfen in sächsischen Aquakulturbetrieben (KHV-Programm) vom 11.11.2021 (SächsABl. 2022 S. 12) teil und ist KHV-unverdächtig.

Datum der letzten klinischen Untersuchung:

Datum der letzten virologischen Untersuchung:

Stempel FGD

Datum

Unterschrift

Bestätigung des teilnehmenden Betriebes über die Einhaltung der Vorgaben aus dem KHV-Programm

Stempel Betrieb

Datum

Unterschrift

**Anlage B
(zu Nr. 4.4)****Betriebliches KHV-Bekämpfungskonzept****1. Allgemeine Hinweise**

- 1.1. Das Bekämpfungskonzept wird vom Fischhaltungsbetrieb und dem Fischgesundheitsdienst gemeinsam erarbeitet. Gegebenenfalls sind weitere Behörden mit einzubeziehen.
- 1.2. Sind epidemiologisch eng zusammenhängende Gebiete betroffen, so sollten betriebsübergreifende Konzepte erarbeitet werden.
- 1.3. Das gemeinsam erarbeitete Konzept wird in Form einer Vereinbarung zwischen den Fischhaltungsbetrieben und der Sächsischen Tierseuchenkasse schriftlich fixiert.

2. Maßnahmen zur Verfahrensweise im KHV-positiven Fischhaltungsbetrieb (mögliche Konzeptinhalte)

- 2.1. An oder in den KHV-positiven Teichen genutzte Schutzkleidung und Schuhwerk sind nach jedem Einsatz zu reinigen und zu desinfizieren. Gleiches gilt für die in der Haltungseinheit benutzten Gerätschaften, Fahrzeuge, Behältnisse und sonstiger Gegenstände. Der Einsatz separater Ausrüstung ist angezeigt.
- 2.2. KHV-positive Bestände sind unter Beachtung seuchenhygienischer Grundsätze auszumästen oder so umzusetzen, dass sie andere, KHV-negative Fischbestände nicht gefährden. Ein Verbringen von KHV-positiven Satzfischbeständen ist nur in andere, von derselben Seuche betroffene Betriebe und mit Hinweis an den Käufer gestattet.
- 2.3. Das Ablassen und der Abfischtermin sollten mit dem unterliegenden Fischhaltungsbetrieb (falls vorhanden) abgesprochen werden. Die Abfischung sollte so erfolgen, dass Fische während des Ablassens nicht entweichen können (z.B. durch Verwendung kleinerer Gitter).
- 2.4. Bei Hälterung der abgefischten Fische ist diese separat durchzuführen, andere Haltungseinheiten bzw. Fischbestände dürfen nicht gefährdet werden.
- 2.5. KHV-positive Speisefische dürfen lebend nur zur unmittelbaren Schlachtung vermarktet werden und der Käufer ist auf den positiven KHV-Befund des Fischbestandes hinzuweisen.
- 2.6. Der nach guter fachlicher Praxis abgefischte Teich soll in geeigneter Weise saniert werden. Dazu können folgende in das betriebliche KHV-Bekämpfungskonzept aufzunehmende Maßnahmen vorgenommen werden:
 - Trockenlegung, Sömmerung oder Winterung
 - Fischgrubenentschlammung
 - Feuchtstellen- und Fischgrubendesinfektion mit Branntkalk
 - Desinfektion der Teichfläche auf den bespannten Teich mittels Boot oder Hubschrauber
 - Desinfektion auf den feuchten Teichboden
 - Fischfreiheit mindestens für sechs bis acht Wochen, optimal länger
 - Besatz mit nicht empfänglichen Fischarten
- 2.7. Neubesatz mit empfänglichen Fischen darf nur mit negativ auf KHV untersuchten bzw. aus einem KHV-unverdächtigen Betrieb stammenden Fischen erfolgen.
- 2.8. Bei Bedarf sollte die Bewirtschaftungsform (nicht empfängliche Fischarten, Sömmerung) der von der KHV-I betroffenen Teiche in Abstimmung mit dem Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie und ggf. weiterer Behörden (z.B. Biosphärenreservatsverwaltung) für einen begrenzten Zeitraum verändert werden.
- 2.9. Sind ganze Gebiete betroffen, sind die Maßnahmen entsprechend anzuwenden. Hierbei sind alle Betriebe der betroffenen Teichgruppen (epidemiologische Einheiten) entsprechend der Wasserführung in die Vereinbarung einzubeziehen.

**Anlage C
(zu Nr. 4.4)****Betriebliches KHV-Bekämpfungskonzept**

Betrieb(e)/Tierhalter:

Fischgesundheitsdienst der Sächsischen Tierseuchenkasse:

derzeitige Seuchensituation:

Ziel: Zurückdrängung der KHV-Infektion

- ☐ im Gesamtbetrieb
- ☐ in der Teichgruppe
- ☐ im Teich
- ☐

Maßnahmen zur Erreichung des Ziels:

Maßnahmen zur Verhinderung der Erregerverschleppung während der Produktionsperiode:

- ☐ Gründliches Ablesen von verendeten Fischen und unschädliche Beseitigung über die TKBA
- ☐ Reinigung und Desinfektion von an KHV-positiven Teichen genutzter Schutzkleidung und Schuhwerk sowie von Gerätschaften, Fahrzeugen, Behältnissen und sonstigen Gegenständen
- ☐ Einsatz separater Ausrüstung an KHV-positiven Teichen (z.B. Kescher, Wurfnetze, Rechen)
- ☐ Unterbrechung des Wasserzuflusses
- ☐ Sonstiges:

Was passiert mit den vorhandenen, (latent) infizierten Fischen (Tabelle 1)?

- ☐ Schlachtung/Vermarktung als Speisefisch (lebend) mit Hinweis an den Käufer zu KHV-positivem Befund
- ☐ Hälterung abgefischter, KHV-positiver Fische ist erforderlich. Andere Bestände werden dadurch nicht gefährdet, weil
- ☐ Abgabe an einen anderen KHV-positiven Betrieb mit Hinweis an den Käufer zu KHV-positivem Befund
- ☐ Umsetzen von KHV-positiven Fischen erforderlich (Tabelle 1 ausfüllen)
- ☐ Sonstiges:

☐ *Ggf. weitere Ausführungen auf gesondertem Blatt*

Maßnahmen zur Verhinderung der Erregerverschleppung während der Abfischung:

- ☐ Reinigung und Desinfektion von an KHV-positiven Teichen genutzter Schutzkleidung und Schuhwerk sowie von Gerätschaften, Fahrzeugen, Behältnissen und sonstigen Gegenständen
- ☐ Einsatz separater Kleidung und Ausrüstung an KHV-positiven Teichen
- ☐ Ablassen/Abfischung KHV-positiver Teiche wird mit unterliegendem Fischhaltungsbetrieb abgesprochen
- ☐ Beim Ablassen wird ein Entweichen von Fischen durch Benutzung möglichst schmaler Gitter verhindert
- ☐ Sonstiges:

Behandlung KHV-positiver abgefishter Teiche (Tabelle 1):

- ☐ Gründliche Abfischung
- ☐ Trockenlegung
- ☐ Entfernung von Schlamm (Fischgrube, Gräben)
- ☐ Feuchtstellen- und Fischgrubendesinfektion mit Branntkalk
- ☐ Nur Fischfreiheit, weil.....
- ☐ Desinfektionskalkung der gesamten Teichfläche oder des Wassers
- ☐ Sonstiges:

☐ *Weitere Ausführungen auf Tabelle 1*

Neubesatz (Tabelle 2):

- ☐ Neubesatz mit empfänglichen Fischen (Karpfen, Graskarpfen, Schleien), die zuvor negativ auf KHV getestet worden sind
- ☐ Neubesatz mit empfänglichen Fischen, die aus einem KHV-unverdächtigen Betrieb stammen
- ☐ Neubesatz mit Fischarten, die für KHV-Infektion nicht empfänglich sind:
- ☐ Bewirtschaftungsform wird verändert
- ☐ Sonstiges:

☐ *Weitere Ausführungen auf Tabelle 2*

Sonstige Festlegungen:

- ☐ Belehrung der Mitarbeiter und Aushilfen über das seuchenhygienische Vorgehen

Tabellen 1 und 2 sind Bestandteil des Konzeptes.

Der/Die Tierhalter verpflichtet/verpflichten sich, die erarbeiteten und im Konzept fixierten Festlegungen einzuhalten.

.....
Unterschrift(en) Tierhalter

Ort

Datum

.....
Unterschrift Fischgesundheitsdienst

Ort

Datum

(zu Anlage C)

Tabelle 2: Besatzplan (Zeitraum ...)

[illegible]

Abkürzungen: Ko = Karpfenbrut, Kv = vorgestreckte Karpfenbrut, K1 = einsömrige Karpfen, K2 = zweisömrige Karpfen, K3 = dreisömrige Karpfen, Altersangaben entsprechend bei anderen Fischarten: S = Schleie, Am = Amurkarpfen, W = Wels

Programm des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt und der Sächsischen Tierseuchenkasse zur Gewährung von Desinfektionsbeihilfen im Tierseuchenfall und Minderung von Schäden durch Tierverluste (Programm Desinfektions- und Tierverlustbeihilfe)

Vom 11. November 2021

Landwirten können infolge von Schäden durch Tierverluste und anderen Schäden nach amtlich gebilligten oder angeordneten Maßnahmen im Zusammenhang mit Infektionskrankheiten erhebliche finanzielle Verluste entstehen, die ein Weiterbestehen der Tierhaltung erschweren oder unmöglich machen. Dieses Tiergesundheitsprogramm soll die Verluste für den Tierhalter abmildern.

1. Beihilfe für Schäden nach amtlich angeordneten Maßnahmen unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben und der Haushaltsslage

- **Desinfektionsbeihilfe** – (wenn eine Entschädigung nach – §§ 15–22 des Tiergesundheitsgesetzes gezahlt wird)

Das Tierseuchenrecht des Bundes umfasst eine Reihe von anzeige- und bekämpfungspflichtigen Tierseuchen, für welche dem Landwirt bei Tierverlusten oder amtlich angeordneter Tötung eine Entschädigungsleistung nach §§ 15–22 des Tiergesundheitsgesetzes zu zahlen ist. Anspruch besteht ebenso für die Erstattung der Tötungskosten bei diesen Tierseuchen.

Die Kostentragung für die Reinigung und Desinfektion in diesen Tierseuchenfällen obliegt nach dem Sächsischen Ausführungsgesetz zum Tiergesundheitsgesetz grundsätzlich dem Tierhalter. Die erforderlichen Maßnahmen der Reinigung und Desinfektion werden amtlich angeordnet und können sehr kostenintensiv sein. Andererseits stellen die Reinigung und Desinfektion eine wichtige Säule der erfolgreichen Tierseuchenbekämpfung dar, verhindern die weitere Ausbreitung der Tierseuche und bilden nicht zuletzt die Grundlage für die Wiederherstellung seuchenfreier Gebiete und damit die Aufhebung von Handelsbeschränkungen.

Die Bedeutung der ordnungsgemäßen Desinfektion findet im EU- Recht eine so große Würdigung, dass die Kosten kofinanzierungsfähig sind.

1.1 Nach diesem Programm sind beihilfefähig

- die Kosten der Desinfektion nach amtlich angewiesener Bestandsräumung oder Teilbestandsräumung (Betriebsstätte und Ausrüstung) infolge des Auftretens beziehungsweise des Verdachts anzeigepflichtiger Tierseuchen

1.2 Folgende Bedingungen sind einzuhalten:

- ein Entschädigungsfall nach §§ 15–22 des Tiergesundheitsgesetzes liegt vor
- nachgewiesene Kosten für Desinfektionsmaßnahmen durch einen Dienstleister (inklusive Desinfektionsmittel) sind vorzulegen
- nachgewiesene Kosten für Desinfektionsmittel, wenn die Desinfektion durch Mitarbeiter des tierhaltenden Betriebes durchgeführt wurde, sind vorzulegen

1.3 Verfahren

- der Tierhalter geht in Vorkasse und reicht die bezahlte Rechnung mit dem Antrag ein
- eine amtliche Abnahme durch das Lebensmittelüberwachungs- und Veterinäramt (LÜVA) muss erfolgt sein
- das LÜVA bestätigt der Sächsischen Tierseuchenkasse (TSK) die erfolgreiche Reinigung und Desinfektion nach amtlichen Vorgaben
- die Auszahlung der Beihilfe erfolgt an den Tierhalter

1.4 Kosten

Die Entscheidung über die Gewährung einer Beihilfe trifft der Verwaltungsrat der TSK im Rahmen einer Einzelfallentscheidung unter Beachtung des Prinzips der Gleichbehandlung der Tierhalter und der gesetzlichen Grundlagen.

Die Desinfektionsbeihilfe beträgt maximal 70 Prozent der nachgewiesenen Kosten.

Im Falle der Gewährung einer Beihilfe trägt die TSK die Kosten. Das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (SMS) beteiligt sich an den Kosten gemäß § 32 Absatz 3 des Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Tiergesundheitsgesetz.

2. Beihilfe zur Minderung von Schäden durch Tierverluste unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben und der Haushaltsslage (wenn keine Entschädigung nach §§ 15–22 des Tiergesundheitsgesetzes gezahlt wird)

Neben den Tierseuchen, für welche eine Entschädigungspflicht für die TSK besteht, können auch andere durch Infektionserreger verursachte Erkrankungen erhebliche Tierverluste verursachen.

2.1 Nach diesem Programm sind beihilfefähig

- Tierverluste infolge einer gelisteten¹, nicht entschädigungspflichtigen Infektionskrankheit
- Tierverluste infolge einer nicht gelisteten Infektionskrankheit
- Tierverluste, infolge einer gelisteten¹ Erkrankung, wenn keine Entschädigung gezahlt wurde

2.2 Bedingungen

- eine Entschädigung wurde nicht gezahlt
- das über die Normalverluste hinausgehende Verlustgeschehen wurde vom Tierhalter dem zuständigen LÜVA gemeldet
- die Tiere sind nachweisbar an einer Infektionskrankheit verendet beziehungsweise infolge dieser getötet worden

¹ aus beihilferechtlicher Sicht jeweils geltende Listung der Weltorganisation für Tiergesundheit (OIE) beziehungsweise der Europäischen Union (EU)

- die Tierseuche oder Tierkrankheit wurde durch einen Untersuchungsbefund der Landesuntersuchungsanstalt für das Gesundheits- und Veterinärwesen Sachsen festgestellt
- der Tiergesundheitsdienst (TGD) der TSK wurde durch den Tierhalter einbezogen
- Therapieversuche waren nicht möglich oder nicht wirkungsvoll
- die verendeten Tiere sind durch die Tierkörperbeseitigungsanstalt (TKBA) entsorgt worden
- Aquakultursektor: Voraussetzung für Beihilfen zur Minderung von Schäden durch Tierverluste infolge eines KHV-Ausbruchs ist die Teilnahme am jeweils gültigen Programm des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt und der TSK zur risikobasierten Überwachung und freiwilligen Bekämpfung der Koi-Herpesvirus-Infektion (KHV-I) der Karpfen in sächsischen Aquakulturbetrieben (KHV-Programm). Nach Neuausbruch muss bei jeder weiteren Antragstellung ein KHV-Bekämpfungskonzept vorliegen.

2.3 Verfahren

- der Tierhalter stellt den Antrag bei der TSK, mit dem Nachweis der Entsorgung der Tiere bei der TKBA
- das LÜVA bestätigt die Anzeige der Tierverluste
- die Schätzung des gemeinen Wertes erfolgt nach den Schätzvorgaben des SMS
- der TGD nimmt schriftlich Stellung bestätigt die Einbeziehung des Tiergesundheitsdienstes
- die Auszahlung der Beihilfe erfolgt an den Tierhalter

2.4 Kosten:

Im Falle der Gewährung einer Beihilfe trägt die TSK die Kosten. Das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt beteiligt sich an den Kosten gemäß § 32 Absatz 3 des Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Tiergesundheitsgesetz.

3. Statistik

Um die Gleichbehandlung der Tierhalter zu gewährleisten, wird eine Statistik über gewährte Beihilfen geführt. In der Anlage sind die vom Verwaltungsrat bisher gewährten Beihilfen auf Grundlage des ermittelten gemeinen Wertes bei Schäden durch Tierverluste beziehungsweise der nachgewiesenen Kosten für die Desinfektion nach Bestands- oder Teilbestandsräumung prozentual als Entscheidungshilfe für Verwaltungsrat aufgeführt.

4. Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Das Programm tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2022 in Kraft. Gleichzeitig tritt das Programm des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz und der Sächsischen Tierseuchenkasse zur Gewährung von Desinfektionsbeihilfen im Tierseuchenfall und Minderung von Schäden durch Tierverluste (Programm Desinfektions- und Tierverlustbeihilfe) vom 29. Oktober 2018 (SächsABl. 2019 S. 6), enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 23. November 2021 (SächsABl. SDr. S. S 231), außer Kraft.

Dresden, den 11. November 2021

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Dr. Stephan Koch
Abteilungsleiter

Sächsische Tierseuchenkasse
Bernhard John
Vorsitzender des Verwaltungsrates

Anlage
(zu Nummer 3)

**Programm des Sächsischen Staatsministeriums
für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
und der Sächsischen Tierseuchenkasse
zur Gewährung von Desinfektionsbeihilfen im Tierseuchenfall und Minderung
von Schäden durch Tierverluste (Programm Desinfektions- und Tierverlustbeihilfe)
vom 11. November 2021**

Vom Verwaltungsrat bisher prozentual gewährten Beihilfen auf Grundlage des ermittelten gemeinen Wertes bei Schäden durch Tierverluste beziehungsweise der nachgewiesenen Kosten für die Desinfektion nach Bestands- oder Teilbestandsräumung als Entscheidungshilfe für den Verwaltungsrat:

1. Gelistete Erkrankungen, für die keine Entschädigung gewährt wurde:

Faulbrut der Bienen	100 % des gemeinen Wertes
VHS bei Forellen	50 % des gemeinen Wertes
KHV	gesondertes Berechnungsschema nach Beschlüssen des Verwaltungsrates

2. Nicht gelistete Erkrankungen in Abhängigkeit von der De-minimis-Beihilfeberechtigung:

Klassischer Botulismus	
Rind/Pferd	46 % des gemeinen Wertes
Schwarzkopfkrankheit bei Puten	50 % des gemeinen Wertes
Riemerellose bei Enten	100 % des gemeinen Wertes
CEV	gesondertes Berechnungsschema nach Beschlüssen des Verwaltungsrates in Anlehnung an KHV
Wild- und Rinderseuche	80 % des gemeinen Wertes

**Bekanntmachung
des Sächsischen Staatsministeriums
für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
zur Vierten Änderung der Satzung der näheren Beschlüsse
des Verwaltungsrates zur Beihilfesatzung der Sächsischen
Tierseuchenkasse für den Aquakultursektor**

Vom 13. Dezember 2021

Das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde genehmigt hiermit die nachfolgende Vierte

Änderung der Satzung der näheren Beschlüsse des Verwaltungsrates zur Beihilfesatzung der Sächsischen Tierseuchenkasse für den Aquakultursektor.

Dresden, den 13. Dezember 2021

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Dr. Stephan Koch
Abteilungsleiter

**Vierte Änderung der Satzung
der näheren Beschlüsse des Verwaltungsrates zur Beihilfesatzung
der Sächsischen Tierseuchenkasse für den Aquakultursektor**

Vom 11. November 2021

Auf Grund von § 15 Abs. 1 des Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Tiergesundheitsgesetz (SächsAGTierGesG) vom 9. Juli 2014 (SächsGVBl. S. 386) in der jeweils gültigen Fassung und der Beihilfesatzung der Sächsischen Tierseuchenkasse für den Aquakultursektor vom 29.10.2018 (SächsABl. 2019 Nr. 1 S. 22) hat der Verwaltungsrat der Sächsischen Tierseuchenkasse folgende Vierte Änderung der Satzung der näheren Beschlüsse des Verwaltungsrates zur Beihilfesatzung der Sächsischen Tierseuchenkasse für den Aquakultursektor beschlossen, die nach Genehmigung durch das Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde hiermit bekannt gemacht wird.

Artikel 1

Die Satzung der näheren Beschlüsse des Verwaltungsrates zur Beihilfesatzung der Sächsischen Tierseuchenkasse für den Aquakultursektor vom 29. Oktober 2018 (SächsABl. 2019 Nr. 1 S. 73 vom 3. Januar 2019), zuletzt geändert am 10.11.2020 (SächsABl. 2020 Nr. 53 S. 1515), wird wie folgt geändert:

1. Näherer Beschluss des Verwaltungsrates der Sächsischen Tierseuchenkasse vom 29.10.2018 **Koi-Herpesvirus-Infektion Süßwasserfische** zu Nr. 2 der Beihilfesatzung für den Aquakultursektor wird wie folgt geändert:
Der Abschnitt „zu Nr. 2.2 Grundsätzliche Voraussetzungen zur Gewährung der Beihilfe“ erhält folgende Fassung:
„Es muss sich um Untersuchungen im Rahmen des Programms des Sächsischen Staatsministeriums für

Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt und der Sächsischen Tierseuchenkasse zur risikobasierten Überwachung und freiwilligen Bekämpfung der Koi-Herpesvirus-Infektion (KHV-I) der Karpfen in sächsischen Aquakulturbetrieben (KHV-Programm) vom 11.11.2021 (SächsABl. 2022 S. 12) handeln.“

2. Näherer Beschluss des Verwaltungsrates der Sächsischen Tierseuchenkasse vom 11.10.2020 **Tierverlust-beihilfe Süßwasserfische** zu Nr. 3 der Beihilfesatzung für den Aquakultursektor wird wie folgt geändert:
 - a) Der Abschnitt „zu Nr. 3.1 a Art und Höhe der Beihilfe – Voraussetzungen“ erhält folgende Fassung:
„Voraussetzungen“
 - eine Entschädigung wurde nicht gezahlt
 - das über die Normalverluste hinausgehende Verlustgeschehen wurde vom Tierhalter dem zuständigen LÜVA² gemeldet
 - die Tiere sind nachweisbar an einer Infektionskrankheit verendet bzw. infolge dieser getötet worden
 - die Tierseuche oder Tierkrankheit wurde durch einen Untersuchungsbefund der LUA⁵ festgestellt
 - der Tiergesundheitsdienst (TGD) wurde durch den Tierhalter einbezogen
 - Therapieversuche waren nicht möglich oder nicht wirkungsvoll
 - die verendeten Tiere sind durch die Tierkörperbeseitigungsanstalt entsorgt worden
 - Voraussetzung für Beihilfen zur Minderung von Schäden durch Tierverluste infolge eines KHV-Ausbruchs ist die Teilnahme am jeweils gültigen Programm des Sächsischen Staatsmi-

nisteriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt und der TSK³ zur risikobasierten Überwachung und freiwilligen Bekämpfung der Koi-Herpesvirus-Infektion (KHV-I) der Karpfen in sächsischen Aquakulturbetrieben (KHV-Programm) vom 11.11.2021 (SächsABl. 2022 S. 12). Nach Neuausbruch muss bei jeder weiteren Antragstellung infolge eines wiederholten KHV-Ausbruchs ein KHV- Bekämpfungskonzept gemäß KHV-Programm vorliegen.

Es muss sich um Tierverluste bzw. andere Schäden handeln, die auf gelistete Tierseuchen zurückzuführen sind und in Zusammenhang mit Tierseuchen oder Tierkrankheiten stehen, zu denen es gemeinschafts-, bundes-, oder landesrechtliche Regelungen oder Verwaltungsvorschriften gibt und als Teil unionsweiter, nationaler oder regional öffentlicher Programme zur Verhütung, Bekämpfung oder Tilgung einer Tierseuche oder Tierkrankheit durchgeführt werden.

Sind alle Voraussetzungen erfüllt, entscheidet der Verwaltungsrat der TSK³ im Rahmen einer Einzelfallentscheidung über die Gewährung der Beihilfe unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben und der Haushaltslage.

Näheres Verfahren

Der Antrag ist vom Tierhalter mittels Antragsformular: „Antrag auf Tierverlustbeihilfe“, bei Koi-Herpesvirusinfektion: Antragsformular: „Antrag auf Tierverlustbeihilfe infolge KHV- Infektion der Fische“ und den erforderlichen Belegen in Kopie bei der TSK³ einzureichen. Die TSK³ sendet den

Antrag an das LÜVA² und bittet um Überprüfung der sachlichen Richtigkeit und um Stellungnahme zum Sachverhalt. Der Tiergesundheitsdienst (TGD) nimmt schriftlich Stellung und bestätigt seine Einbeziehung.

Die Entscheidung über die Gewährung einer Beihilfe trifft der Verwaltungsrat der TSK³ unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben. Die Auszahlung der Beihilfe erfolgt an den Tierhalter.

² Lebensmittelüberwachungs- und Veterinäramt

³ Sächsische Tierseuchenkasse

⁵ Landesuntersuchungsanstalt für das Gesundheits- und Veterinärwesen Sachsen“

- b) Der Abschnitt „zu Nr. 3.1 Grundsätzliche Voraussetzungen zur Gewährung der Beihilfe“ wird ersetzt durch „zu Nr. 3.2 Grundsätzliche Voraussetzungen zur Gewährung der Beihilfe“ und erhält folgende Fassung: „Programm des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt und der Sächsischen Tierseuchenkasse zur Gewährung von Desinfektionsbeihilfen im Tierseuchenfall und Minderung von Schäden durch Tierverluste (Programm Desinfektions- und Tierverlustbeihilfen) vom 11.11.2021 (SächsABl. 2022 S. 21).“

Artikel 2

Die Satzung tritt am 1. Januar 2022 in Kraft.

Dresden, den 11. November 2021

Sächsische Tierseuchenkasse
Bernhard John
Vorsitzender des Verwaltungsrates

**Bekanntmachung
des Sächsischen Staatsministeriums
für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
zur Dritten Änderung der Satzung über die De-minimis-Beihilfen
der Sächsischen Tierseuchenkasse**

Vom 13. Dezember 2021

Das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde genehmigt hiermit die nachfolgende Dritte

Änderung der Satzung über die De-minimis-Beihilfen der Sächsischen Tierseuchenkasse.

Dresden, den 13. Dezember 2021

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Dr. Stephan Koch
Abteilungsleiter

**Dritte Änderung der Satzung
über die De-minimis-Beihilfen
der Sächsischen Tierseuchenkasse**

Vom 11. November 2021

Auf Grund von § 15 Abs. 1 des Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Tiergesundheitsgesetz (SächsAGTierGesG) vom 9. Juli 2014 (SächsGVBl. S. 386) in der jeweils gültigen Fassung hat der Verwaltungsrat der Sächsischen Tierseuchenkasse folgende Dritte Änderung der Satzung über die De-minimis-Beihilfen der Sächsischen Tierseuchenkasse beschlossen, die nach Genehmigung durch das Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde hiermit bekannt gemacht wird.

Artikel 1

Die Satzung über die De-minimis-Beihilfen vom 29. Oktober 2018 (SächsABl. 2019 Nr. 1 S. 26 vom 3. Januar 2019), zuletzt geändert am 29. November 2019 (SächsABl. 2020 Nr. 4 S. 80) wird wie folgt geändert:

1. Anlage 7 zu § 3 der De-minimis-Beihilfesatzung – 1. Beihilfen bei Schäden durch Tierverluste wird wie folgt geändert:
 - a) In Abschnitt „1.1 Art und Höhe der Beihilfe – Höhe“ wird das Wort „Verbraucherschutz“ durch die Worte „Gesellschaftlichen Zusammenhalt“ ersetzt.
 - b) Der Abschnitt „1.2 Grundsätzliche Voraussetzungen zur Gewährung der Beihilfe“ erhält folgende Fassung:
„Es muss sich um Tierverluste im Rahmen des Programms des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt und der Sächsischen Tierseuchenkasse zur Gewährung von Desinfektionsbeihilfen im Tierseuchenfall und Minderung von Schäden durch Tierverluste (Programm Desinfektions- und Tierverlustbeihilfen) vom 11.11.2021 (SächsABl. 2022 S. 21) handeln.“

Artikel 2

Die Satzung tritt zum 1. Januar 2022 in Kraft.

Dresden, den 11. November 2021

Sächsische Tierseuchenkasse
Bernhard John
Vorsitzender des Verwaltungsrates

Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung zur Auslobung des Sächsischen Staatspreises für Baukultur 2022

Thema: ORTE DES MITEINANDERS – LEBENDIG UND VERBINDEND

Vom 9. Dezember 2021

Inhalt:

1. Auslober
2. Gegenstand und Ziel des Wettbewerbs
3. Thema des Wettbewerbs im Jahr 2022
4. Preisgericht
5. Teilnahmebedingungen
6. Einzureichende Unterlagen
7. Bewertungsmaßstäbe und -kriterien
8. Wettbewerbsverfahren
9. Dotierung des Wettbewerbs
10. Preisverleihung
11. Urheber- und Nutzungsrechte
12. Terminübersicht

Hinweis:

Für die bessere Lesbarkeit wird in der Auslobung auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet.

Personenbezogene Begriffe gelten für alle Geschlechter.

1. Auslober

Der Sächsische Staatspreis für Baukultur wird vom Freistaat Sachsen, vertreten durch das Sächsische Staatsministerium für Regionalentwicklung (SMR) im zweijährigen Rhythmus ausgelobt. Projektpartner sind die Architektenkammer Sachsen (AKS) sowie die Ingenieurkammer Sachsen (IKS).

Zusammen mit dem Staatspreis für ländliches Bauen, der im jährlichen Wechsel mit dem Staatspreis für Baukultur ausgelobt wird, und weiteren fachspezifischen Auszeichnungen wie dem sächsischen Holzbaupreis, ist der Staatspreis für Baukultur unter dem inhaltlichen und organisatorischen Dach „Baukultur in Sachsen“ des SMR vereint.

2. Gegenstand und Ziel des Wettbewerbs

Baukultur ist eine öffentliche Angelegenheit. Jedes Gebäude, jedes bauliche und freiräumliche Ensemble wirkt mit seinem Erscheinungsbild und seiner Funktionalität in den öffentlichen Raum. Deshalb tragen alle Akteure des Planens und Bauens Verantwortung für das Gemeinwohl, und deshalb ist eine qualitativ hochwertige Baukultur von besonderem öffentlichen Interesse.

Der Sächsische Staatspreis für Baukultur wird für herausragende Leistungen auf dem Gebiet der Baukultur in Sachsen verliehen. Er würdigt sowohl Werke als auch ihre Urheber. Mit dem Staatspreis werden zum einen Bauvorhaben ausgezeichnet, die einen sichtbaren und erlebbaren Beitrag zur Baukultur in Sachsen leisten. Die staatliche Anerkennung soll dabei Bauherren, Architekten und Ingenieure in ihrem gemeinsamen Wirken für unsere bauliche Umwelt bestätigen und zu neuen Leistungen auf dem Gebiet der Baukultur motivieren. Zum anderen soll der Staatspreis dazu beitragen, die Öffentlichkeit für Themen der Baukultur zu sensibilisieren und das Bewusstsein für die gebaute Umwelt zu stärken.

Die Rahmenbedingungen des Bauens haben sich in den letzten Jahren deutlich verändert. Die Anforderungen an Planungs- und Bauprozesse sind in mehrfacher Hinsicht komplexer und technisch anspruchsvoller geworden. Jedes Bauwerk muss vielfältige konstruktive und funktionale Anforderungen erfüllen und sich nach bestimmten Regeln in seinen Kontext einfügen. Nachhaltigkeitsaspekte, die im verantwortungsbewussten Umgang mit Energie- und Rohstoffressourcen, aber auch in einem sparsamen Flächenverbrauch und der Nutzung von Bestandspotenzialen zum Ausdruck kommen, sind wichtiger denn je geworden.

Baukultur ist aber mehr als die Erfüllung dieser Anforderungen. Sie stellt sich bestenfalls dann ein, wenn verschiedene Qualitätsaspekte in einem Projekt zusammenkommen. Der Staatspreis für Baukultur des Freistaates Sachsen nimmt daher die drei Schwerpunkte Gestaltung, Technik und Innovation gleichermaßen in den Blick. Das gelungene Zusammenspiel dieser Aspekte als besonderes ‚Momentum‘ eines Projektes ist eine wesentliche Voraussetzung für die Verleihung des Staatspreises.

Diese gesuchte Qualität kann nur dann entstehen, wenn alle an der Planung und Ausführung Beteiligten partnerschaftlich zusammenwirken. Daher würdigt der Staatspreis nicht allein das Bauwerk, sondern auch die mit ihm verbundenen Bauherren, Architekten und Ingenieure, die im Sinne einer gemeinsamen Urheberschaft zusammengearbeitet und dadurch das Gelingen des Projektes ermöglicht haben.

3. Thema des Wettbewerbs im Jahr 2022

Der Sächsische Staatspreis für Baukultur steht 2022 unter dem inhaltlich weit gefassten Thema „ORTE DES MITEINANDERS – LEBENDIG UND VERBINDEND“.

Orte des Miteinanders können äußerst vielfältig sein. Ihre Gemeinsamkeiten sind nicht an bestimmte Formen oder Funktionen gebunden. Vielmehr ermöglichen sie auf verschiedenste Weise lebendige menschliche Interaktion. Sie können dazu beitragen, dass Menschen zusammenkommen, indem sie Gegensätze und Distanzen überwinden. Gerade vor dem Hintergrund der Pandemie sehnen sich viele Menschen nach Begegnungsräumen, sozialem Miteinander und echter Teilhabe.

Für das Wettbewerbsthema 2022 sind insbesondere folgende Fragestellungen von Interesse:

- Wo sind in den vergangenen Jahren im Freistaat Sachsen lebendige und verbindende Orte des Miteinanders geschaffen worden?
- Welche Projekte stehen in besonderer Weise für ein gelingendes Zusammenleben, -arbeiten, -feiern, -lernen et cetera in Sachsen?
- Welche Projekte ermöglichen und begünstigen in besonders gelungener Weise zwischenmenschliche Begegnungen?
- Wie trägt Baukultur dazu bei, dass sich Menschen an einem öffentlichen Ort wohlfühlen?
- Welche Projekte tragen – zum Beispiel durch ein integrierendes Element – dazu bei, dass Gegensätze, Hindernisse oder Unterschiede überwunden werden?
- Gibt es herausragende Projekte, die von einer lebendigen und verbindenden Entstehungsgeschichte erzählen können?

Gesucht werden Bauprojekte und städtebaulich-freiraumplanerische Maßnahmen, die in den letzten sieben Jahren im Freistaat Sachsen fertiggestellt bzw. abgeschlossen wurden, überzeugend auf die oben genannten Fragestellungen eingehen und hohen ästhetischen Ansprüchen genügen.

Die mögliche Projektauswahl erstreckt sich auf die gesamte Bandbreite baulicher Aufgaben. „Orte des Miteinanders“ können beispielsweise sein: Bibliotheken, Museen, Schulen, Theater- und Konzertbauten, Plätze, Parks und Gärten, Bauwerke der Freizeitnutzung, Sportbauten, Sakralbauwerke, Fußgänger-/Radfahrerbrücken, Bauwerke der Industrie, Forschung/Technologie oder Gebäude für Büro-, Verwaltungs- und Handelsnutzung.

Erwünscht sind Einreichungen aus allen Handlungsfeldern der baulich-räumlichen Entwicklung und Gestaltung. Im Fokus stehen leitbildartige Projekte, die eine hohe baukulturelle Qualität aufweisen und positiv zur Gestaltung des öffentlichen Raumes beitragen. Eingereicht werden können Neubauprojekte ebenso wie innovative Sanierungen und Erweiterungen von Bestandsbauten, landschaftsarchitektonisch-freiraumplanerische und städtebauliche Projekte sowie zukunftsweisende Ingenieurbauwerke. Von Bedeutung sind die herausragende und beispielhafte Umsetzung der Bauaufgabe mit Blick auf das diesjährige Wettbewerbsthema und die drei Schwerpunkte Gestaltung, Technik und Innovation.

4. Preisgericht

Über die Vergabe des Sächsischen Staatspreises für Baukultur entscheidet ein unabhängiges, interdisziplinär zu-

sammengesetztes Preisgericht aus sieben Mitgliedern. Ihm gehören an:¹

- Herr Prof. Dr.-Ing. Manfred Curbach
Technische Universität Dresden | Fakultät Bauingenieurwesen | Institut für Massivbau
cbing – Curbach Böschke Ingenieurpartner, Dresden
- Herr Ulrich Menke
Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung
Abteilungsleiter Stadtentwicklung, Bau- und Wohnungswesen
- Herr Prof. Enrique Sobejano
Universität der Künste Berlin | Institut für Architektur und Städtebau
Architekt, Büro Nieto Sobejano Arquitectos, Berlin/Madrid
- Frau Prof. Ana Viader Soler
Technische Universität Dresden | Institut für Landschaftsarchitektur
Architektin | Ana Viader Städtebau Architektur Landschaft, Berlin
- Herr Oliver Stolzenberg
Vorstand der Architektenkammer Sachsen
Freier Architekt | Oliver Stolzenberg ARCHITEKT BDA, Dresden
- Herr Dr.-Ing. Hans-Jörg Temann
Präsident der Ingenieurkammer Sachsen
Temann + Schöpe | Beratende Ingenieure GbR, Leipzig
- Frau Laura Weißmüller
Publizistin und Kunsthistorikerin
Architekturkritikerin Süddeutsche Zeitung

Als stellvertretende Preisrichter werden benannt:

- Herr Boris Harbaum (ständig anwesend)
Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung
- Frau Dipl.-Ing. Claudia Fugmann
Vizepräsidentin der Ingenieurkammer Sachsen
fugmann + fugmann architekten und ingenieure gmbh, Falkenstein/Vogtl.
- Herr Peter Weber
Vorstand der Architektenkammer Sachsen
Freier Architekt | Atelier.Schmelzer.Weber, Dresden

Das Preisgericht kann für seine Entscheidungsfindung nicht stimmberechtigte Sachverständige hinzuziehen.

5. Teilnahmebedingungen

5.1 Teilnahmeberechtigung

Zur Einreichung berechtigt sind Architekten, Innenarchitekten, Landschaftsarchitekten, Stadtplaner und äquivalente Berufsgruppen sowie Vertreter aller Ingenieurdisziplinen gemeinsam mit dem privaten oder öffentlichen Auftraggeber/Bauherrn unter Benennung der maßgeblich beteiligten Planer. Die Verfasser müssen im Besitz des Urheberrechts beziehungsweise Nutzungsrechts an allen eingereichten Unterlagen sein.

Arbeitsgemeinschaften gelten als ein Teilnehmer.

In der Bewerbung ist stellvertretend für alle weiteren Beteiligten der Entwurfsverfasser zu benennen, welcher im Fall einer Auszeichnung zur Entgegennahme des Preises berechtigt ist.

¹ in alphabetischer Reihenfolge

Nicht teilnahmeberechtigt sind alle Personen sowie deren Partner, Angestellte und freie Mitarbeiter, die am Bewertungs- und Vorprüfungsverfahren in irgendeiner Weise beteiligt sind. Der Teilnahmeausschluss gilt auch, wenn das Partnerschafts- oder Beschäftigungsverhältnis gelöst beziehungsweise beendet ist.

Die Teilnahme am Wettbewerb ist kostenfrei. Die Wettbewerbssprache ist Deutsch.

5.2 Zulassungsbereich

Zur Einreichung zugelassen werden alle Leistungen auf dem Gebiet der Gestaltung architektonischer, landschaftsarchitektonischer, stadtplanerischer und ingenieurtechnischer Bauwerke, die sich durch ihre herausragende baukulturelle Qualität charakterisieren und in das Wettbewerbsthema „ORTE DES MITEINANDERS – LEBENDIG UND VERBINDEND“ einordnen lassen.

Eingereicht werden können Projekte, die im Zeitraum vom 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2021 im Freistaat Sachsen fertig gestellt beziehungsweise nutzungsfähig übergeben wurden. Konzeption und Entwurf können weiter zurückliegen.

Die Anzahl der Beiträge ist auf maximal drei pro Entwurfsverfasser beschränkt. Bei Mehrfacheinreichung müssen die Beiträge einzeln eingereicht werden.

Wettbewerbsbeiträge, die bereits bei anderen Wettbewerben eingereicht oder ausgezeichnet wurden, sind ausdrücklich zur Teilnahme aufgefordert.

6. Einzureichende Unterlagen

6.1 Projektdokumentation

Die online einzureichende Projektdokumentation muss mindestens zehn und maximal 15 hochwertige Fotoaufnahmen und Plandarstellungen des eingereichten Werkes umfassen:

- Städtebauliche Einordnung (Übersichtsplan beziehungsweise Schwarzplan)
- Lageplan zur Verdeutlichung der Gesamtsituation und der Einbindung in die Umgebung
- Objektpläne (Beurteilungsrelevante Grundrisse und Schnitte, gegebenenfalls auch Hauptansichten des Gebäudes/Ensembles), gegebenenfalls Innenaufnahmen und Details, gegebenenfalls Vorzustand
- mindestens fünf aussagekräftige Fotoaufnahmen, die eine Beurteilung des Projektes ermöglichen.

Die eingereichten Unterlagen sollen ein eindeutiges und vollständiges Bild des Projekts vermitteln und die besonderen Merkmale und Ziele der Arbeit verdeutlichen.

Die Fotoaufnahmen und Zeichnungen sind in guter, reproduktionsfähiger Qualität zu liefern.

Die Fotos sind als jpg-Datei mit 300 dpi im Format DIN A3 einzureichen. Ein Schaubild ist in der Größe 80 cm x 45 cm (16/9) mit 300 dpi (maximal 20 MB) einzureichen.

Vektorbasierte Pläne sind als pdf-Datei einzureichen. Sonstige Plandarstellungen können als pdf- oder jpg-Datei eingereicht werden. Die Pläne sollten nur die für das Verständnis erforderlichen Maßangaben und Beschriftungen enthalten.

6.2 Verfasser- und Einverständniserklärung

Die vom Entwurfsverfasser und Bauherrn unterschriebene Erklärung (Anlage der Auslobung) ist per Dateiupload zu übertragen. Darin erklären die Einreicher ihr Einverständnis

- zur Anerkennung der Wettbewerbsbedingungen gemäß der Auslobung einschließlich der Erklärung, dass die eingereichten Dateien frei von Rechten Dritter sind,
- zur Publikation des Wettbewerbsbeitrages und Nennung der Bauherrenschaft und aller am Werk beteiligten Planer,
- zur Speicherung der Daten zum Zwecke der Durchführung des Wettbewerbs entsprechend den geltenden Datenschutzbestimmungen,
- zur Überlassung von Nutzungsrechten an den im Rahmen des Wettbewerbs zur Verfügung gestellten Unterlagen.

6.3 Weitere digitale Einreichungen

Das online auszufüllende Bewerbungstemplate enthält darüber hinaus folgende Angaben:

- Projektbezeichnung und Projektdaten (Datum Entwurf, Baubeginn, Fertigstellung)
- Benennung der Beteiligten (Kontaktdaten Bauherr, Entwurfsverfasser, Ansprechpartner)

Die online auszufüllenden Erläuterungen sollen maximal 4 000 Zeichen umfassen und in kurzer und prägnanter Form folgende Aussagen enthalten:

- Projektbeschreibung (Aufgabenstellung, Lösungsansatz, Bearbeitungsschwerpunkt), maximal 1000 Zeichen
- Begründung der Einordnung des Projekts unter dem diesjährigen Wettbewerbsthema, maximal 1000 Zeichen
- Erläuterungen entsprechend den in Punkt 7 aufgeführten fachlichen Schwerpunkten (gestalterische Qualität, technische und konstruktive Qualität, innovativer Ansatz des Projekts, Berücksichtigung der Querschnittsthemen), jeweils maximal 500 Zeichen

7. Bewertungsmaßstäbe und -kriterien

Das Preisgericht prämiert herausragende und beispielhafte Leistungen im Baubereich, die das Thema des Staatspreises 2022 „ORTE DES MITEINANDERS – LEBENDIG UND VERBINDEND“ in der Einheit von besonderer gestalterischer Qualität, technisch/konstruktiver Originalität und hohem Innovationsgehalt umgesetzt haben.

Bewertet wird, inwieweit die Einreichungen das Thema des Staatspreises 2022 aufgreifen und einen Beitrag zu den unter Punkt 2 der Auslobung aufgeführten Fragestellungen leisten.

Die Vorprüfer und das Preisgericht werden zudem einschätzen, inwieweit dem Projekt die mit dem Begriff der Baukultur programmatisch verbundene Notwendigkeit eines ganzheitlichen und zukunftsgerichteten Ansatzes zugrunde liegt.

Als Querschnittskriterien fließen die Beiträge zur ökologischen Nachhaltigkeit (Klimaschutz und Klimaanpassung, Energieeffizienz), zur sozialen Nachhaltigkeit (Inklusion) sowie zur ökonomischen Nachhaltigkeit (Ressourcenschonung bezüglich der Baustoffe, Bauflächen et cetera) in die Bewertung ein.

Die eingereichten Arbeiten werden nach den folgenden Kriterien beurteilt (ohne Wichtung):

- Gestalterische Qualität
 - Entwurfsidee und gestalterische Wertigkeit
 - Umgang mit und Einbindung in den Standort/Landschafts- und Stadtraum
 - stadträumliche und stadtgestalterische Qualitäten
- Technische und konstruktive Qualität
 - gestalterische, funktionale und konstruktive Einheit
 - Originalität der ingenieurtechnischen Lösung
 - Detailqualität
- Innovationsgehalt des Projekts
 - Umsetzung von in die Zukunft weisenden Ideen
 - gestalterischer, konstruktiver und technischer Innovationsgehalt
 - innovative nachhaltige Lösung bezüglich Materialität und Technologien

Bei der Bewertung wird nicht zwischen großen und kleinen Objekten, Neubau- oder Sanierungsvorhaben, Projekten im privaten und öffentlichen Bereich oder im städtischen oder ländlichen Raum unterschieden – allein die Bewertungsmaßstäbe und -kriterien entscheiden.

8. Wettbewerbsverfahren

8.1 Auslobung

Die Auslobung des Sächsischen Staatspreises für Baukultur 2022 wird am 15. Dezember 2021 im sächsischen Beteiligungsportal unter <https://mitdenken.sachsen.de/staatspreis-baukultur> sowie im Sächsischen Amtsblatt veröffentlicht.

8.2 Rückfragen

Rückfragen zu den Auslobungsunterlagen und zum Verfahren können bis zum 17. Januar 2022 ausschließlich schriftlich unter staatspreis-baukultur@smr.sachsen.de eingereicht werden. Die bis zum genannten Datum eingegangenen Rückfragen werden anonymisiert und gesammelt beantwortet.

Die Antworten stehen ab 28. Januar 2022 in einem Zentraldokument (Rückfragenprotokoll) unter <https://mitdenken.sachsen.de/staatspreis-baukultur> zur Verfügung.

8.3 Bewerbung

Die Wettbewerbsbeiträge können bis zum 28. Februar 2022, 12:00 Uhr ausschließlich online über das Beteiligungsportal (<https://mitdenken.sachsen.de/staatspreis-baukultur>) eingereicht werden.

Jeder Wettbewerbsbeitrag muss einzeln eingereicht werden und bekommt eine Antragsnummer zugewiesen.

Die Projektdokumentation (Fotoaufnahmen und Plan-darstellungen) gemäß Punkt 6.1 der Auslobung ist per Dateiupload zu übertragen. Die vom Entwurfsverfasser und Bauherrn zu unterschreibende Verfasser- und Einverständniserklärung (Anlage der Auslobung) ist ebenfalls per Upload zu übertragen.

Der Auslober behält sich vor, zusätzlich zu den online eingereichten Daten die original unterschriebene Verfasser-

und Einverständniserklärung (keine Kopie) per Post einzu-fordern.

Die Bewerbung ist erfolgt, sobald die Bewerbungsunter-lagen (nach Maßgabe der Auslobung) ordnungs- und fristge-mäß hochgeladen sind.

8.4 Vorprüfung

Die Vorprüfung prüft die Bewerbungsunterlagen wer-tungsfrei auf Vollständigkeit und die Erfüllung der formalen und fachlichen Anforderungen der Auslobung. Kriterien sind unter anderem die Teilnahmeberechtigung der Einreichenden, die fristgerechte Einreichung und die Vollständigkeit und Richtigkeit der eingereichten Unterlagen, die Fertigstel-lung des Objekts im festgelegten Zeitrahmen von sieben Jahren und die Einordnung des Beitrages unter dem dies-jährigen Wettbewerbsthema.

Die Ergebnisse der Vorprüfung werden in einem Vor-prüfbericht aufbereitet und dem Auslober und dem Preis-gericht mindestens eine Woche vor der ersten Sitzung (Auswahl-/Nominierungsrunde) zur Verfügung gestellt. Der Vorprüfbericht dient dem Preisgericht als Arbeitsgrundlage für die Bewertung in der Preisgerichtssitzung.

8.5 Sitzung des Preisgerichts

Das Preisgericht tritt nach der Auswahl-/Nominierungs-runde am 8. April 2022 zu einer abschließenden Preisge-richtssitzung am 20. Mai 2022 zusammen.

Die Preisgerichtssitzung findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Alle Beteiligten unterliegen der Schwei-gepflicht.

Das Preisgericht wählt die Beiträge aus, die die Anfor-derungen der Auslobung am besten erfüllen und entscheidet über einen Staatspreisträger sowie gegebenenfalls über Auszeichnungen bzw. Anerkennungen.

Das Preisgericht entscheidet frei und unabhängig, ist jedoch in seinem Votum der Auslobung verpflichtet. Es wird seine Entscheidungen zur Nominierung und zur Preisverlei-hung schriftlich begründen. Die Entscheidungen des Preis-gerichts sind bindend und nicht anfechtbar. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

9. Dotierung des Wettbewerbs

Der Auslober dotiert den Sächsischen Staatspreis für Baukultur 2022 mit einem Preisgeld von insgesamt 30.000 EUR.

Das Preisgericht ist hinsichtlich der Preisvergabe und der Aufteilung des Preisgeldes in seiner Entscheidung frei. Die Festlegung der Anzahl der Auszeichnungen beziehungs-weise Anerkennungen sowie die Aufteilung des Preisgeldes unter ihnen obliegen dem Preisgericht.

Darüber hinaus erhalten die Preisträger und Nominier-ten ein umfangreiches Paket an medialer Präsenz:

- Darstellung auf der Website des Staatspreises für Bau-kultur 2022 (www.staatspreis-baukultur.sachsen.de)
- Darstellung auf den Websites der Architekten- und Inge-nieurkammern des Freistaates Sachsen (www.aksachsen.org, www.ing-sn.de)
- Darstellung in der Broschüre zum Staatspreis für Bau-kultur 2022

- Porträt im Rahmen der Wanderausstellung zum Staatspreis für Baukultur 2022
- Porträt in den sozialen Medien des Auslobers einschließlich seiner Partner

Am Objekt des Staatspreises wird eine Tafel mit einem den Wettbewerbsbeitrag würdigenden Text angebracht beziehungsweise eine Stele aufgestellt.

10. Preisverleihung

Die Entscheidung des Preisgerichts wird erst am Tag der Preisverleihung öffentlich bekannt gegeben. Die Preisverleihung findet am 12. Juli 2022 im Rahmen einer Festveranstaltung statt.

Die Verfasser aller eingereichten Wettbewerbsbeiträge werden dazu schriftlich eingeladen. Diejenigen Wettbewerbsteilnehmer, die ausgezeichnet werden, werden vor der Preisverleihung benachrichtigt.

11. Urheber- und Nutzungsrechte

Im Rahmen Ihrer Bewerbung stellen die Verfasser dem Auslober Texte, Fotos und Pläne (nachfolgend Werke) zur Verfügung, an denen Urheberrechte bestehen. Die digital eingereichten Unterlagen werden Eigentum des Auslobers. Das Recht des Urhebers nach § 14 des Urheberrechtsgesetzes bleibt unbenommen.

Die Urheber übertragen dem Auslober im Rahmen der gesetzlichen Schutzfrist das zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränkte Recht zur körperlichen (zum Beispiel Print) und unkörperlichen (zum Beispiel Internet) Nutzung der von ihnen eingereichten Werke für alle in Betracht kommenden

Nutzungsarten, soweit sie in Zusammenhang mit dem Sächsischen Staatspreis stehen.

Darüber hinaus räumen die Urheber dem Auslober das Recht ein, die eingereichten Werke in Größe/Beschnitt, Auflösung und Umfang zu bearbeiten beziehungsweise bearbeiten zu lassen, um eine einheitliche Darstellung aller eingereichten Werke zu erreichen.

Außerdem berechtigen die Urheber den Auslober dazu, die eingereichten Werke auf eigenen Wunsch innen und außen fotografieren und/oder filmen zu lassen und diese Fotos/Filme im Zusammenhang mit dem Sächsischen Staatspreis zu nutzen.

Ein Anspruch auf Veröffentlichung beziehungsweise Präsentation der Beiträge besteht nicht. Im Falle einer Veröffentlichung werden die Namen von Planer, Bauherr und Fotografen genannt.

Die Verfasser versichern, dass durch eine Verwertung der von ihnen zur Verfügung gestellten Werke keine Rechte Dritter verletzt werden. Die Verfasser stellen den Auslober von allen Ansprüchen Dritter bezüglich der Verwertung und Nutzung frei.

12. Terminübersicht

Bekanntmachung der Auslobung:	15. Dezember 2021
Termin zur Einreichung von Rückfragen:	17. Januar 2022
Termin zur Einreichung der Bewerbung:	28. Februar 2022, 12:00 Uhr
Entscheidung des Preisgerichts:	20. Mai 2022
Preisverleihung:	12. Juli 2022

Dresden, den 9. Dezember 2021

Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung
Ulrich Menke
Abteilungsleiter

Anlage

Antrags-Nr.: (wird vom Auslober vergeben)

**Bewerbung für den Sächsischen Staatspreis für Baukultur 2022
Erklärung des Bauherrn und des (der) Entwurfsverfasser(s)**

Projektbezeichnung
.....

Mit den Wettbewerbsbedingungen für den Sächsischen Staatspreis für Baukultur 2022 erklären wir uns einverstanden und reichen hiermit eine gemeinsame Bewerbung ein.

Einer öffentlichen Berichterstattung einschließlich der Veröffentlichung von Abbildungen und Texten sowie der Nennung der Bauherrenschaft und aller am Werk beteiligten Planer durch das Sächsische Staatsministerium für Regionalentwicklung (SMR), die Architektenkammer Sachsen und die Ingenieurkammer Sachsen stimmen wir zu, ohne dass hierfür ein Anspruch auf eine Gegenleistung erhoben wird.

Wir erklären die Zustimmung zur Speicherung der Daten zum Zwecke der Durchführung des Wettbewerbs entsprechend den geltenden Datenschutzbestimmungen sowie zur unentgeltlichen Überlassung von zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränkten Nutzungsrechten an den im Rahmen des Wettbewerbs zur Verfügung gestellten Daten, Texten, Fotos und Plänen, an denen Urheberrechte bestehen.

Wir versichern, dass durch die Veröffentlichung nicht die Rechte Dritter verletzt werden. Insofern stellen wir das Sächsische Staatsministerium für Regionalentwicklung, die Architektenkammer Sachsen und die Ingenieurkammer Sachsen von Ansprüchen Dritter frei.

Der Bauherr stimmt zu, dass am Objekt des Staatspreises für Baukultur eine Tafel mit einem den Wettbewerbsbeitrag würdigenden Text angebracht oder eine Stele aufgestellt wird, ohne dass hierfür ein Anspruch auf eine Gegenleistung erhoben wird.

Mit der Unterschrift bestätigen wir, dass wir Urheber der von uns eingereichten Leistungen sind. Unsere Angaben sind richtig und vollständig.

Für den/die Bauherrn:

Ort, Datum:

Unterschrift:

Für den/die Entwurfsverfasser:

Ort, Datum:

Unterschrift:

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Lingnerallee 3
01069 Dresden
Telefon: 0351 485260
Telefax: 0351 4852661
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Rechtsanwalt Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

28. Dezember 2021

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 209,89 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 42,03 Euro Postversand) bzw. 114,97 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 8,03 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Lingnerallee 3, 01069 Dresden
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 